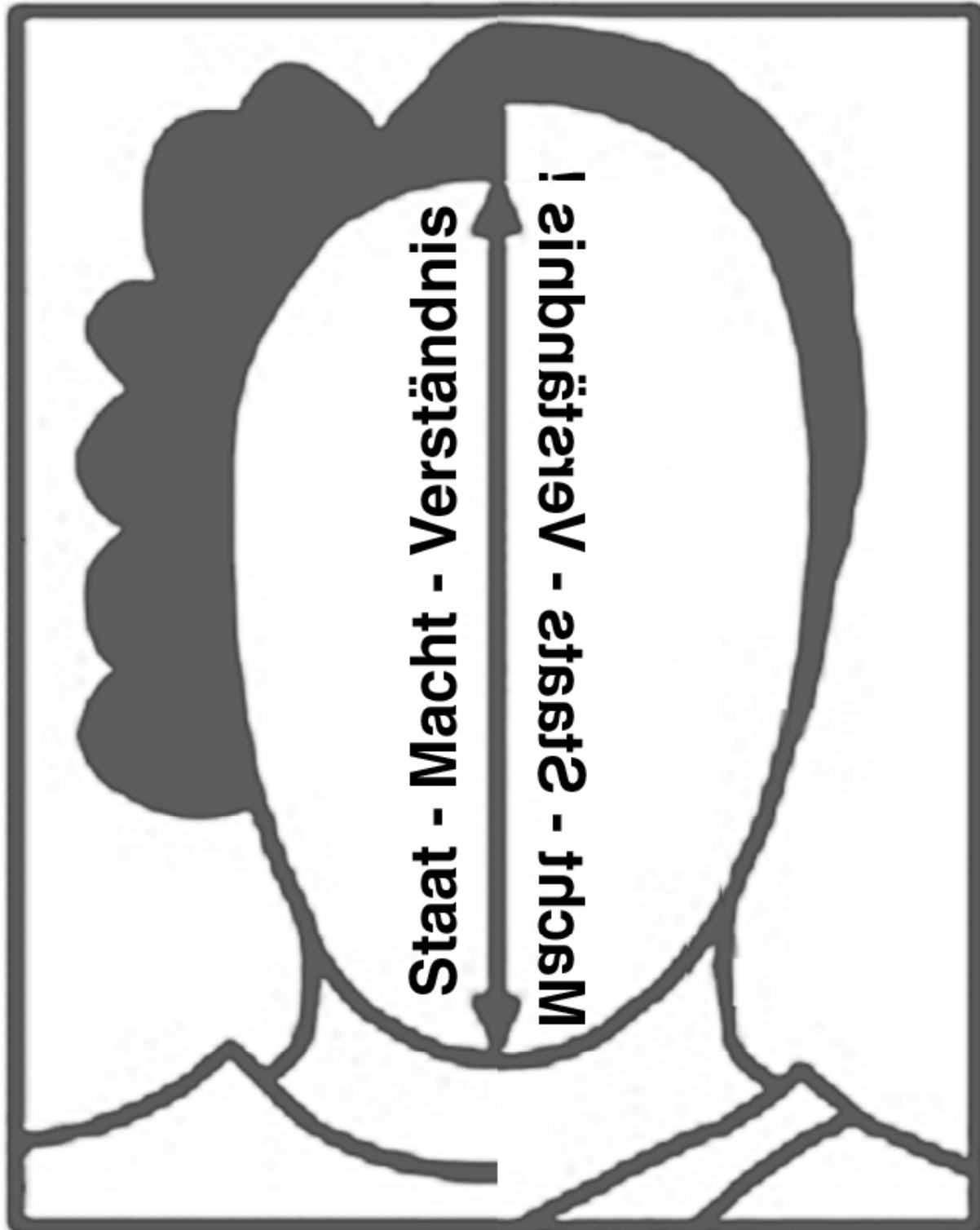
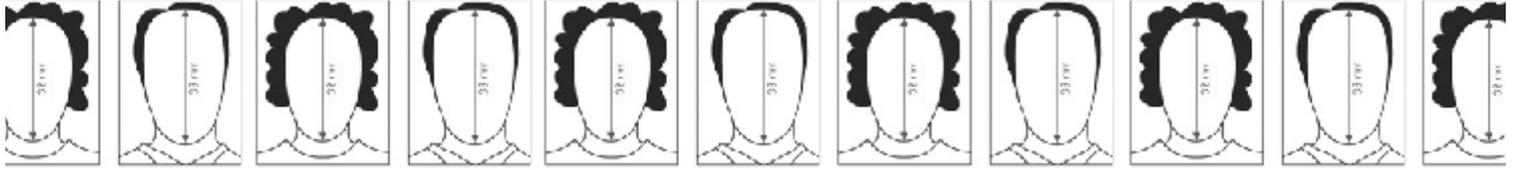


Info-Blatt 69

Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e. V.

Dezember 2006





Liebe Leserinnen und Leser,

linke Kritik am Staat bei uns und in Zentralamerika schien nicht nur der Redaktion des Infoblattes ein interessantes Thema zu sein, sondern hat auch die diesjährige Soldaritätsbrigade nach Nicaragua beschäftigt. Dieses Thema ist natürlich nicht neu. Kritik am Staat gehört seit vielen Jahren zu unseren zentralen Themen. Aber was verstehen wir eigentlich unter Staat? Der Artikel „Macht Staat uns? – Wir statt Staat!“, spiegelt die Diskussionen wider, die wir innerhalb des Redaktionskollektivs in der letzten Zeit zu diesem Thema geführt haben.

Hinweisen möchten wir auf unseren Eindruck, dass es in Zentralamerika eine ganze Reihe kritischer Linker gibt, die auf einen starken Staat setzen. Das kann man sowohl den Erfahrungen der Brigade in Nicaragua, als auch dem Artikel zum Freihandelsvertrag CAFTA-DR aus El Salvador entnehmen. Man darf vermuten, dass sich in dem Vertrauen auf einen starken Staat in Nicaragua historische Erfahrungen mit der sandinistischen Revolution widerspiegeln, während in El Salvador daraus die Hoffnung spricht, mit der FMLN stehe eine linke Alternative zur Verfügung, die einmal an der Macht, diese zum Wohle aller nutzen werde. Diese Hoffnung haben die Zapatistas nicht. Ihre Vorstellungen von Macht und Staat haben wir versucht mit dem Artikel von John Holloway: „Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen“ zu verdeutlichen.

El Salvador entwickelt sich unter den ARENA-Regierungen der letzten Jahre immer mehr zum neoliberalen Vorreiter in Zentralamerika. Mit den Folgen beschäftigen sich die Artikel zu den Auswirkungen des Freihandels-

vertrages DR-CAFTA und zu den Versuchen in die Privatisierung des Wassers einzusteigen.

Diejenigen, die in Nicaragua davon überzeugt sind, Voraussetzung für eine Politik, die den Menschen nützt und nicht nur der Wirtschaft, seien die richtigen Leute an der Macht, werden sich vom Sieg Daniel Ortegas bei den Präsidentschaftswahlen einiges versprechen. Wir haben daran große Zweifel. Die Zweifel gründen sich sowohl auf die Person des Politikers Ortega als auch auf unsere Einschätzung, dass seine Macht recht beschränkt sein wird.

Genau wie Nicaragua mit der Wahl Ortegas hat auch Mexiko in den letzten Monaten weltweite Beachtung in den Medien erfahren. Zwei Ereignisse zeigten Mexiko in einer schweren Krise, der offensichtliche Betrug bei den Präsidentschaftswahlen im Juli und die monatelange Eskalation des Konfliktes um den Rücktritt des Gouverneurs von Oaxaca. Mit allen Mitteln versuchen die rechten Parteien PRI und PAN eine Erstarben linker Kräfte zu unterdrücken.

Was dies für einzelne Menschen bedeuten kann, ist für uns sehr deutlich geworden, als wir von der unrechtmäßigen Verhaftung unseres Freundes Felipe Sánchez erfuhren. Der ehemalige Ehrenamtliche des Ökumenischen Büros wurde am 25.11.2006 zusammen mit weiteren 140 Personen festgenommen. Wir möchten unsere LeserInnen besonders auf den Aufruf hinweisen, der sich für die Freilassung Felipes einsetzt.

Das Redaktionskollektiv

Inhaltsverzeichnis

Schwerpunkt: Staat - Macht - Verständnis - Macht Staatsverständnis!

Macht Staat uns? - Wir statt Staat!	3
Mit, ohne oder gegen? - Wie hättest du's mit dem Staat?	7
Die Welt zu verändern, ohne die Macht zu übernehmen	12

El Salvador

Bericht vom El Salvador Bundestreffen 2006: Widerstand gegen Wasserprivatisierung und Staudammprojekte	15
Interview mit Luis Rivera zum Widerstand gegen das Staudammprojekt „El Chaparral“	15
Interview mit Wilfredo Romero zu den Aktivitäten der Gewerkschaft der Wasserversorgungsunternehmen	17
CAFTA-DR: Wirtschaftskrise verschärft sich	19

Nicaragua

Sandinist in Pink: Nach 16 Jahren kehrt Daniel Ortega an die Macht zurück	22
---	----

Mexiko

PRIANs doppelter Handel Der Konflikt in Oaxaca vor dem Hintergrund des mexikanischen Wahlausgangs	26
Felipe Sanchez, Mitbegründer des Mexiko-Komitees im Ökumenischen Büro, in Oaxaca verhaftet!	32

Impressum: Das Info-Blatt wird herausgegeben vom Ökumenischen Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V., Pariser Str. 13, 81667 München.

Telefon: 089 - 448 59 45
Telefax: 089 - 48 76 73
E-mail: info@oeku-buero.de
Homepage: www.oeku-buero.de

Konto: 561 76 258, SSK München, BLZ 701 500 00
Flugdienst: 089 - 89 22 49 61 / Fax -62
E-mail: flug@oeku-buero.de

Redaktion und Layout: Andrés Schmidt (as), Angelika Haas (ah), Detlef von Bismarck, Eberhard Albrecht (ea), Eva-Maria Bach, Klaus Pinzek, Marianne Walther, Miriam Stumpfe, Philip Zölls, Ruth Weizel, Zara Pfeiffer

Fotos: Ökumenisches Büro

Druck: ulenspiegel druck, Andechs

Auflage: 1.000

(Onlineausgabe unter www.oeku-buero.de)

V.i.S.d.P.: Klaus Pinzek (Ökumenisches Büro)

Das Infoblatt des Ökumenischen Büros wird gefördert durch die



Landeshauptstadt
München
Kulturreferat



Macht Staat uns? – Wir statt Staat!

Dieser Artikel spiegelt unsere derzeitigen Diskussionen im Redaktionskollektiv wider.

(red_kol) Ich brauche einen neuen Pass, mein Alter ist abgelaufen. Im Frühling will ich nach Nicaragua fahren und ohne Pass geht das nun mal nicht so gut. Da ich praktischerweise die deutsche Staatsangehörigkeit habe, ist es zwar etwas lästig, aber ansonsten nicht weiter kompliziert, einen Pass zu bekommen. Dachte ich zumindest bis vor kurzem. Ich habe einen Fotoautomaten angelächelt, bin zum Kreisverwaltungsreferat gegangen, habe eine Nummer gezogen, fast zwei Stunden gewartet, um dann zu erfahren, dass ich mit diesem Foto gar nicht erst versuchen brauche, einen Pass zu beantragen. Lächeln ist nämlich nicht mehr erlaubt, seit das Passbild digital erfasst wird. Und ungefähr zwanzig andere Dinge auch nicht. Mein Gesicht ist sozusagen wie ein Fingerabdruck, der gespeichert wird, damit sie sicher sein können, dass ich auch wirklich ich bin. Würde ich lächeln oder Grimassen schneiden oder falsch sitzen, dann könnte der Computer mich nicht wiedererkennen.

Am besten wäre es, ich würde zu einer Fotografin* gehen, hat mir die Frau Beamtin noch geraten, bevor ich unverrichteter Dinge wieder vor der Tür stand. Da war ich dann auch. Bei der Fotografin. Anschließend bin ich wieder ins Kreisverwaltungsreferat

gegangen (als hätte ich nichts Besseres zu tun), habe eine Nummer gezogen, gewartet und dann zugesehen, wie mein professionelles Fotografinnen-Passbild mit einer Schablone vermessen und für gut befunden wurde. 59

Euro später hieß es, dass ich jetzt nur noch 6 Wochen warten müsse, bis mein neuer Pass fertig sei.

Statt eines neuen Passes habe ich heute aber einen Brief vom Kreisverwaltungsreferat bekommen, mit meinem ehemals für gut befundenem Luxus-Passbild und der Anmerkung, dass dieses Bild bedauerlicherweise doch nicht für die digitale Erfassung geeignet sei. Also alles noch mal von vorne.

SCHEIßSTAAT

Überhaupt mag ich mich eigentlich gar nicht biometrisch vermessen lassen. Am liebsten würde ich ohne Pass und ohne Grenzkontrollen verreisen. Grenzen sind Scheiße. Wäre doch viel schöner ohne Grenzen. Jede

darf dahin gehen, wohin sie mag. Ohne vermessen und ohne kontrolliert zu werden. Niemand würde mehr abgeschoben werden, keine x-Toten jedes Jahr an den Außengrenzen der EU. Schön wär's, ist es aber nicht. Und warum? Wegen dem Staat. Hab ich doch gesagt: Scheißstaat.

Leider kann mensch den Staat nicht so einfach wegzaubern, aber Träumen wird ja wohl erlaubt sein... Es gäbe keine Polizei mehr, die bei Demos grundsätzlich die Falschen

„Der heute gängige Demokratiebegriff meint in der Regel ein politisches System, das durch im Wesentlichen freie und allgemeine Wahlen, parlamentarische Repräsentationsverfahren, ein Minimum an rechtsstaatlichen Garantien, gewisse Formen der Gewaltenteilung, die Möglichkeit eines friedlichen und geregelten Regierungswechsels auf der Basis eines Mehrparteiensystems und die Geltung bestimmter Grundrechte gekennzeichnet ist. Zu diesen Grundrechten gehört vor allem das Privateigentum an Produktionsmitteln, in das politisch, also durch den ‚demokratischen Willensbildungsprozess‘, nicht eingegriffen werden kann. Dadurch entsteht die für die heutigen Demokratien charakteristische Trennung von ‚Staat‘ und ‚Gesellschaft‘, ‚Politik‘ und ‚Ökonomie‘, die der in Wahlen oder Volksabstimmungen geäußerten demokratischen Willensbildung klare Grenzen setzt.“ (Hirsch, 2002: S.12f)

schützt, keine Bundeswehr, die meint, die Sicherheit Deutschlands wo auch immer verteidigen zu müssen, keine neoliberale Außenwirtschaftspolitik, kein Hartz IV. Wir müssten keine Steuern mehr zahlen und Rüstungsausgaben, Neujahrsansprachen, bürokratische Vorschriften, Sozialabbau, Schulpflicht, Videoüberwachung etc. würden uns erspart bleiben.





Aber wenn ich ehrlich sein soll, dann kann ich mir durchaus Situationen vorstellen, in denen ich ganz froh bin, wenn die 110 funktioniert. Obwohl ich auch weiß, dass ich im Zweifelsfall bestimmte Kriterien erfüllen muss, damit die auch funktioniert: zum Beispiel die richtigen oder überhaupt Papiere zu haben. Gegen die staatliche Förderung von Kunst und Kultur habe ich grundsätzlich aber nichts einzuwenden. Würde der Staat von heute auf morgen einfach wegfallen, dann gäbe es wohl auch kein Bildungssystem mehr, keinerlei soziale Absicherung, keine Rentenversicherung, kein Gesundheitssystem ... Nicht dass ich denken würde, dass diese Sachen so wie sie zur Zeit sind alle wunderbar sind, aber immerhin gibt es sie und sie könnten auch wesentlich schlechter sein. Apropos schlechter. Demnächst soll die Bahn privatisiert werden, über kurz oder lang wohl auch die Wasserversorgung und im Gesundheitsbereich sind sie schon längst dabei, Krankenhäuser für einen Euro an Privatunternehmen zu verscherbeln. Klar bin ich dagegen, wenn bisher staatliche Bereiche privatisiert und in gewinnorientiert arbeitende Unternehmen verwandelt werden. Die neoliberale Behauptung, alles würde so besser und effizienter, hat mir noch nie eingeleuchtet. Das einzige, was besser bzw. höher wird, sind wohl die Gewinne. Es mag zwar paradox wirken, einerseits den Staat abschaffen zu wollen und andererseits dage-

gen zu sein, wenn er sich von selbst zurückzieht. Aber lieber bin ich paradox als neoliberal. Weiter komme ich so aber auch nicht. Muss mein Nein zu Privatisierungen automatisch Ja zum Staat bedeuten?

Was genau meine ich mit Staat überhaupt? Die Bundesrepublik

„Von ‚Staat‘ als Herrschaftsform ist prinzipiell erst dann zu sprechen, wenn sich ein eigentständiger, zentralisierter Gewaltapparat, getrennt von Gesellschaft und Ökonomie herausbildet, ‚Politik‘ und ‚Ökonomie‘ als gesellschaftliche Funktionsbereiche damit auseinandersetzen.“ (Hirsch, 2002: S.18)

Deutschland? Die gegenwärtige Regierung? Den Bundestag, das Grundgesetz, die soziale Marktwirtschaft? Oder viel allgemeiner die Tatsache, dass es Staaten gibt? Das Prinzip Staat sozusagen, unabhängig davon, was genau für eine Politik dort stattfindet? Vermutlich das Zweite. Aber kann ich beispielsweise den nicaraguanischen Staat mit dem deutschen einfach in einen Topf werfen und so tun, als würde es keinen Unterschied machen, in welchem Kontext ich mich befinde? Aus „nicaraguanischer Perspektive“ wäre ein deutscher Sozialstaat wohl eine deutliche Verbesserung, aus „deutscher Perspektive“ dagegen erscheint derselbe ausgehöhlt. Keine Frage, in Deutschland lässt es sich nach wie vor mit großer Wahrscheinlichkeit angenehmer leben als in Nicaragua. Gleichzeitig ist der nicaraguanische Staat verhältnismäßig schwächer als der deutsche Staat. Aber ist ein starker Staat deshalb automatisch besser als ein schwacher Staat? Oder der nicaraguanische Staat schlechter als der deutsche Staat? Wohl kaum.

So pauschal lässt sich das alles gar nicht sagen. Was ist mit Rechtsstaat-

lichkeit? An sich eine gute Sache, wenn mensch sich darauf verlassen kann, nicht willkürlich verurteilt zu werden. Aber was ist, wenn die Gesetze nur bestimmten Leuten nützen? Und wie schaut es aus mit Gewalt? Staatsgewalt, Gewaltkriminalität, politische Gewalt, Repression ...

Alleine komme ich damit auf jeden Fall nicht mehr weiter. Zum Glück gibt es Leute, die sich zu dem Thema auch schon mal Gedanken gemacht haben und ein wenig Theorie kann auch nicht schaden.

Die Regulationstheorie¹

Die Regulationstheorie ist vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise in den 1970er Jahren entstanden und versteht sich selbst als Weiterentwicklung der Ideen von Marx. Ebenso wie die Marxsche Theorie geht die Regulationstheorie davon aus, dass der Kapitalismus auf Grund strukturell angelegter Widersprüche und Konflikte grundsätzlich krisenhaft verläuft, was bedeutet, dass kapitalistische Gesellschaften durch Krisen wiederholt in ihrer Existenz gefährdet sind. Gleichzeitig hat die Geschichte jedoch gezeigt, dass es durchaus Perioden relativer Stabilität geben kann, auch wenn diese immer wieder von kleineren und größeren Krisen unterbrochen werden. Wie diese Stabilität entstehen kann und welche Bedeutung den Krisen dabei zukommt, ist eines der Hauptinteressen der Regulationstheorie. Sie fragt nach den Bedingungen, die soziales Zusammenleben und die Sicherung der materiellen Versorgung in kapitalistischen Gesellschaften möglich machen.

Jede kapitalistische Gesellschaft ist grundlegend durch den Akkumula-





tionsprozess des Kapitals geprägt. Dieser kann an verschiedenen Orten und zu verschiedenen Zeiten sehr unterschiedlich ausfallen, je nachdem wie produziert und konsumiert wird, wie der Arbeitsmarkt organisiert ist, wie das Verhältnis zwischen Produktions- und Reproduktionssphäre ist etc. Ein Akkumulationsregime² kann dann relativ stabil sein, wenn es durch die entsprechende Regulationsweise³ gestützt wird, d.h. wenn es durch ein Netz gesellschaftlicher Normen und Institutionen reguliert wird, das dafür sorgt, dass sich die Menschen in ihren Arbeits- und Lebensweisen sowie in ihrem Konsumverhalten entsprechend konform verhalten. „Regulation bedeutet, dass die gegensätzlichen Interessen sozialer Klassen und Gruppen so geformt, kanalisiert und miteinander verbunden werden, dass sowohl der Zusammenhalt der Gesellschaft als auch die Vereinbarkeit der sozialen Handlungen mit den Bedingungen der Kapitalverwertung (...) gewährleistet bleiben.“⁴ Am Beispiel des

„Die Vielzahl der Einzelstaaten ist (...) Ausdruck und Mittel von Konkurrenz und Klassenkampf. Sie stellt insoweit ein grundlegendes und keineswegs beliebig aufhebbares Strukturmerkmal des Kapitalismus dar. Sie ist unmittelbar mit dem globalen Akkumulationsprozess verknüpft und dessen Bestandteil.“
(Hirsch 2002: S.37)

Fordismus kann dieser Zusammenhang zwischen Akkumulationsregime und Regulationsweise verdeutlicht werden: Zu regulärer Lohnarbeit und

industrieller Massenfertigung als vorherrschender Produktionsweise passte der Massenkonsum, der durch steigende Löhne und das Ideal der Arbeitsdisziplin abgesichert wurde.

„Der Staat in der kapitalistischen Gesellschaft ist weder das bewusst geschaffene Instrument der herrschenden Klasse, noch die Verkörperung eines demokratischen ‚Volkswillens‘ und auch kein selbständig handelndes Subjekt. Er ist vielmehr ein soziales Verhältnis zwischen Individuen, Gruppen und Klassen, die ‚materielle Verdichtung eines sozialen Kräfteverhältnisses‘ (Poulantzas 2002). Dieses Verhältnis gewinnt im System der politischen Institutionen, Organisationen und Apparate eine konkrete, von eigenen bürokratischen und politischen Mechanismen geprägte Gestalt.“ (Hirsch 2002: S.26)

Die politischen Charakteristika dieser Epoche, wie Vollbeschäftigung, Sozialstaat, Mitbestimmung und Sozialpartnerschaft zwischen starken Gewerkschaften und moderaten Unternehmerverbänden, garantierten eine lang anhaltende Stabilität. Das ganze wurde auf der Ebene der Zivilgesellschaft⁵ durch einen weitgehenden Konsens über die herrschende keynesianische Theorie getragen.

Wie das Beispiel des Fordismus zeigt, erfolgt die Regelung des gesellschaftlichen Zusammenlebens durch das Zusammenwirken von Marktmechanismen, staatlichen Institutionen und gesellschaftlichen Normen. Weder der Markt noch die Staatsgewalt ist in der Lage, dieses alleine zu regeln. Politische Stabilität ist auf wirtschaftliche Stabilität angewiesen. Beide müssen von einem gesellschaftlichen Konsens getragen werden, der von den verschiedenen Zweigen der Zivilgesellschaft garantiert

wird. Letzteres nennt die Regulationstheorie Hegemonie. Nur dieses Zusammenspiel von Staat, Markt und Zivilgesellschaft kann, muss jedoch nicht, relative Stabilität hervorbringen.

Der Zwang zur Profitmaximierung führt jedoch dazu, dass die Art und Weise der Kapitalakkumulation nicht gleich bleibt, sondern sich ständig verändern und anpassen muss. Dies geschieht durch technische Erfindungen, Änderungen der Produktionsmethoden, Inwertsetzung neuer Güter

etc. Da sich die Regulationsweise jedoch wesentlich langsamer solchen Veränderungen anpassen kann, die Akkumulationsweise jedoch auf deren Absicherung angewiesen ist, kommt es zwangsläufig zu Krisen. Ob es sich um kleine, große oder säkulare Krisen handelt, kann jedoch nicht verlässlich vorhergesagt werden. Wichtig ist hierbei wieder die gegenseitige Beeinflussung der drei Kräfte. Von säkularen Krisen werden Zivilgesellschaft, Staat und Markt gleichermaßen getroffen. Der Konsens über die herrschende Ideologie geht verloren, gesellschaftliche Kräfteverhältnisse verschieben sich, bestehende Arbeits- und Lebensweisen, Institutionen und Wertvorstellungen werden in Frage gestellt und die Regierungsfähigkeit gerät in Gefahr. Die Krise wird als solche wahrgenommen und es kommt zu politischen Kräfteverschiebungen und zu institutionellen Veränderungen. Als Beispiel dient der Regulations-





theorie das Ende des Fordismus in den späten 1970er Jahren. Damals herrschte Einigkeit bei Unternehmerinnen, Ökologinnen und Linken, dass das System in einer Krise steckt. In der Ideologie wurde der Keynesianismus durch den Neoliberalismus abgelöst. Dies zeigt, dass die Krisen weniger die Existenz kapitalistischer Gesellschaften bedrohen als vielmehr eine Bedingung für deren Fortbestand sind.

Eine der Konsequenzen, die sich aus dem Zusammenspiel von Staat, Markt und Zivilgesellschaft ergeben, ist die, dass sich der Staat nicht beseitigen lässt, solange die kapitalistische Gesellschaftsstruktur besteht. Er bildet das institutionelle Zentrum der Regulationsweise, indem er den Prozess der Regulation durch seine Zwangsmittel garantiert. Zugleich ist er selbst jedoch auch Gegenstand der Regulation.

Die Existenz von zueinander im Wettbewerb stehenden Nationalstaaten wiederum ist eine grundlegende Bedingung für das Funktionieren von Kapitalakkumulation. Nach innen bildet sie den Kitt, der die Klassengegensätze mit „nationalen Interessen“ überlagert und mit dem die Zustimmung und Folgebereitschaft der Individuen organisiert werden. Nach außen befinden die Staaten sich in einem Konkurrenz-, Dominanz- und Abhängigkeitsverhältnis zueinander und können gegeneinander ausgespielt werden, wodurch die Kapital-

akkumulation weiter vorangetrieben wird.

Um gesellschaftliche Kräfteverhältnisse zu verändern, bedarf es sozialer und politischer Kämpfe. Diese müssen jedoch die grundlegenden ökonomischen und politischen Formen, also Markt und Staat, durchbrechen, um emanzipatorisches Potential jenseits von Nationalstaaten entwickeln zu können, das in der Lage ist, den Bestand einer kapitalistischen Gesellschaft in Frage zu stellen.

Puh. Hat mir die Regulationstheorie jetzt mit meinen Fragen weitergeholfen? Zunächst einmal insoweit, als ich nicht mehr alleine nachdenke, sondern mit anderen zusammen. Linker Widerstand muss kollektiv sein ...

vom ich ...
zum wir

Klar geworden ist, dass es mehr ist als ein linker Reflex, dem Staat kritisch gegenüber zu stehen. Es macht wenig Sinn den Staat zu kritisieren, ohne gleichzeitig den Kapitalismus zu kritisieren. Genauso wenig Sinn macht es aber auch, kapitalistische Verhältnisse abschaffen zu wollen, ohne den Staat zu kritisieren. Der Staat ist eine Verdichtung von Kräfteverhältnissen, hat Poulantzas⁶ gesagt. Und genau darum geht es. Um Kräfteverhältnisse, die wir beeinflussen müssen, wenn wir etwas verändern wollen. Soziale Kämpfe austragen, linke Positionen beziehen, zum Bei-

spiel in Bezug auf Privatisierungen. Nein zu Privatisierungen heißt nicht automatisch Ja zum Staat. Unser Nein zu Privatisierungen heißt nicht, dass wir uns den fordistischen Wohlfahrtsstaat zurück wünschen. Nein heißt, dass wir nicht wollen, dass die Gesundheits- oder Wasserversorgung gewinnorientiert organisiert ist. Dass wir fordern, dass jeder Mensch das Recht auf soziale Absicherung, Essen, Kleidung, Kultur etc. hat. Es geht darum Forderungen zu stellen, die das Potential haben, das System zu sprengen.

Theorie ist wichtig, wenn es darum geht, Positionen zu bestimmen. Aber Theorie braucht auch Praxis. Wie kann Widerstand aussehen gegen ein System, das sich reproduziert, indem es sich selbst zerstört? Wie können wir uns auch im Alltag staatskritisch bewegen?

buscando caminamos / suchend
schreiten wir voran⁷ – Lösungen bitte
an redaktion@oeku-buero.de

* Zur Vereinfachung verwenden wir in diesem Artikel nur die weibliche Form und meinen damit alle denk- und undenkbaren Geschlechter.

¹ Dieser Abschnitt bezieht sich auf: Hirsch, Joachim 2002: Herrschaft, Hegemonie und politische Alternativen. VSA-Verlag. Hamburg.

² Akkumulationsregime bezeichnet die spezifische Organisation der Produktion und Kapitalflüsse.

³ Regulationsweise bezeichnet den Komplex von Institutionen und Normen, der das Akkumulationsregime stützt.

⁴ Hirsch 2002: S.56.

⁵ Nach Antonio Gramsci ist Zivilgesellschaft der Bereich, in dem die Kämpfe um kulturelle Hegemonie ausgetragen werden.

⁶ Siehe auch Kasten zu Staatstheorien (S.8).

⁷ Frei nach: preguntando caminamos / fragend schreiten wir voran.



Mit, ohne oder gegen? – Wie hältst du´s mit dem Staat?

Folgendes Email-Gespräch fasst die Gedanken und Diskussionsprozesse zusammen, die wir dieses Jahr vor, während und nach der Solidaritätsbrigade nach Nicaragua gemeinsam geführt haben. Schwerpunktthema der Brigade war das Verhältnis linker Bewegungen zum Staat.

Überraschend dabei war für uns die starke Orientierung der nicaraguanischen Linken auf den Staat. Unter uns BrigadistInnen blieb kontrovers, in wie weit wir eine in Deutschland entwickelte Kritik am Staat auf die nicaraguanischen Verhältnisse übertragen können.

Andrés: Hallo Sandra!

Sandra: Hallo Andrés!

A: Als wir im Frühjahr die Brigade mit dem Schwerpunktthema „Wie hältst du´s mit dem Staat?“ angekündigt haben, was hat dich denn da angesprochen?

S: Hmm, erstmal war ich einigermaßen begeistert davon, dass überhaupt mal jemand ernsthaft diese Frage stellt und damit ja schon andeutet, das Prinzip Staat nicht als eine Art Naturgesetz zu betrachten, als etwas, das es eben einfach gibt, ohne dass es hinterfragbar wäre.

A: Ja genau, für uns war spannend, dass sich damals in den 1980er Jahren viele Linke in Deutschland gegen den deutschen Staat gestellt haben, sich aber positiv auf das sandinistische Projekt in Nicaragua bezogen haben, das ja auch ein staatliches war.

S: A propos: Gereizt hat mich auch, eine Art Abgleich zwischen dem wirklichen Nicaragua und den Nostalgieflashes von ein paar Altlinken zu bekommen. Letzteres waren nämlich so ziemlich die einzigen Infos, die ich, als ich den Brigadeflyer des Büros gelesen habe, über Nicaragua hatte.

A: Ja. Da war einerseits die Frage: Wenn wir uns nicht mehr auf einen sandinistischen Staat beziehen können, worin kann dann politische

Solidaritätsarbeit bestehen? – Und andererseits wollten wir an diesem Thema den Dissensen in der Linken in Deutschland ein bisschen auf den Zahn fühlen: Wie und warum beziehen sich soziale Bewegungen hier auf den Staat? Sollen wir Forderungen an ihn stellen und ihn verändern, sollen wir ihn von Grund auf (als Konsensbeschaffer des Kapitalismus) ablehnen oder ist beides vereinbar?

S: ... und wo gibt es im nun mal staatsförmigen Hier und Jetzt überhaupt Anknüpfungsmöglichkeiten für politische Arbeit und Existenz, wenn man den Staat immer und überall radikal ablehnt.

A: In Deutschland teilt sich die Linke in StaatsbefürworterInnen und StaatskritikerInnen. Diesen Positionen, die oft mehr den Charakter von Attitüden einnehmen und selten eingehend begründet werden, entsprechen aber auch differenzierte Theorie-Konzepte. Über die haben wir uns in der Vorbereitung auf die Brigade erstmal einen Überblick verschafft. (siehe Kasten auf der nächsten Seite)

A: Nachdem wir das hatten, schälten sich einige Fragen heraus, die wir auf unserer Reise klären wollten ... Weißt du die noch?

S: Hmm, mal überlegen ... Wir hatten ja in unseren zwei Wochen in Managua einige Gespräche mit ganz verschiedenen Organisationen, die wir unter unser Schwerpunktthema Staat gestellt haben. Davor hatten wir aber auch schon einige Leute interviewt, die wir in Esquipulas auf der Baustelle oder in unseren Gastfamilien kennen gelernt hatten. Natürlich waren die Fragen etwas unterschiedlich, je nachdem, ob wir sie an Organisationen oder Einzelpersonen gestellt haben. Erstmals war da die Frage, was Staat für unsere InterviewpartnerInnen überhaupt bedeutet und worin sie die Aufgaben des Staates sehen. An die Organisationen kam dann ziemlich

bald die Frage, ob sie mit, ohne oder gegen den Staat arbeiten. Ja, und was die Rolle des Staates in Zeiten der Globalisierung ist.

A: Was mich auch interessiert hat, war die Veränderung des Bezugs auf den Staat bei den Leuten und Organisationen in Nicaragua. Nach dem ja in den 1980ern die allermeisten hinter dem Staat als ihrem politischen Projekt gestanden haben, macht der nicaraguanische Staat nach 16 Jahren Neoliberalismus und korrupten Regierungen den Eindruck, als sei nicht mehr viel von ihm zu erwarten.

S: Vor diesem Hintergrund fand ich´s von Anfang an spannend herauszufinden, ob daraus eine – wie auch immer geartete – Lücke entsteht oder



„Arbeite ich jetzt mit, ohne oder gegen den Staat?“

wie die Menschen das, was in den 1980ern der Staat für und mit den Leuten gemacht hat, jetzt ausfüllen.

A: Für welche politische Praxis entscheiden sich die Leute und Organisationen unter den aktuellen Gegebenheiten? Und lässt sich eine Staatskritik, wie radikale Linke sie in Deutschland formulieren, auf ein Land des Südens wie Nicaragua übertragen?

S: Jaja, Fragen über Fragen und dann, plop, ehe wir uns versahen, waren wir auch schon dort und es galt das, was wir vorfanden, irgendwie einzusortieren.

A: Ich stehe ja nun in Deutsch-

land reformistischen Politikansätzen sehr skeptisch gegenüber: in ihrem gesetzestreuem Verharren in den Spielregeln der Mächtigen ziehen sie regelmäßig den Kürzeren und wirken damit auf mich hilflos und langweilig. Umso überraschender war für mich zu lernen, dass soziale Bewegungen in Nicaragua, die sich positiv auf den Staat beziehen, da ganz anders rüberkommen. Ich will das mal am Beispiel der PartnerInnenorganisation des Öku-Büros, dem Movimiento Comunal in Matagalpa, verdeutlichen:

Diese NRO war ja ursprünglich ein Teil des sandinistischen Appara-

tes, hat sich dann aber in den 1990ern umorientiert und profiliert sich heute als zwar politische, aber nicht parteipolitische Organisation. Sergio vom Koordinationskreis der Organisation in Matagalpa-Stadt betont, dass sie offen sind für Mitglieder aus allen Parteien und Konfessionen. Sie fördern politische Bildung und Organisierung auf unterster Ebene, in den Dörfern. Die Leute sollen in die Lage versetzt werden, ihre Rechte wahrzunehmen, seien es Mitbestimmungs- oder Bürgerrechte. Es wird auch immer mal wieder zu Demonstrationen in Managua mobilisiert, z. B. gegen die Pri-

Staatstheorien

Materialistische Staatstheorie

Der Staat ist die „materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses“ (Nicos Poulantzas), kein eigenständiger, einheitlicher Akteur, sondern permanent im Wandel. Der Staat ist aber immer auch Klassenstaat. Seine Funktion ist es, die Reproduktionsbedingungen der (kapitalistischen) Gesellschaft zu sichern, d. h., bestehende Eigentumsverhältnisse und Klassenstrukturen aufrecht zu erhalten und Infrastruktur bereitzustellen. Um dies aber erfüllen zu können, bedarf er einer relativen Autonomie, d. h., der Staat muss über den widerstreitenden Interessen zwischen und innerhalb der Klassen stehen, welche die Reproduktion der Gesellschaftsordnung gefährden würden. Es ist unmöglich grundlegende gesellschaftliche Veränderungen mittels des Staates zu erreichen.

Anarchistische Staatstheorie

Der Staat ist ein Klassenstaat, in dem mit Gewalt und Repression aber auch durch Integration und Einbindung die Herrschaft von Wenigen über Viele, die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gesichert werden soll. Diese künstlich geschaffene Institution bedeutet eine vertikale Organisation von Gesellschaft, Herrschaft von Menschen über Menschen und Strukturen, denen Gewalt inhärent ist. Der Staat bedeutet immer eine Zwangsordnung, die der anarchistischen Vorstellung von Herrschaftslosigkeit, Freiwilligkeit, freier Assoziation und Selbstorganisation absolut entgegengesetzt ist. Deshalb wird der Staat radikal abgelehnt.

Liberale/pluralistische Staatstheorie

Der Staat ist der Austragungsort von Interessenskonflikten und kann nicht von einer Klasse, Gruppe oder Organisation dominiert werden. Er ist eine von den Individuen geschaffene Institution (Gesellschaftsvertrag), um Eigentum, Leben und Freiheit zu schützen und dem Kollektivgutdilemma zu begegnen, nach dem Kollektivgüter wie z. B. eine saubere Umwelt immer von ihrer Zerstörung bedroht sind, obwohl alle eigentlich Interesse daran haben, dass es weiterbesteht. Der Grund für dieses Dilemma ist, dass es jedem rational auf seinen Nutzen bedachten Individuum ungeachtet der Handlungen anderer immer am meisten Nutzen bringt, den eigenen Beitrag zur Erhaltung des Kollektivguts zu sparen. Der Staat ist ein Mittel, um dieses Dilemma zu überwinden, weil er Zwang und Sanktionen ausüben und so von allen gewünschte Kollektivgüter schützen kann.

Sozialdemokratisches Staatsverständnis

Die Sozialdemokratie bewegt sich auf der Grundlage des liberalen Staatsverständnisses, nimmt dabei aber Partei für die unteren Schichten und fordert stärkere Kontrolle der Ökonomie zugunsten einer Umverteilung von oben nach unten ein.

Feministische Staatstheorie

Der Staatsapparat ist kein reines „Hauptquartier des Patriarchats“, aber strukturell selektiv und so geschlechtsspezifisch geprägt. Er reproduziert und reguliert ein hierarchisches Geschlechterverhältnis. Zentral ist die Herstellung von Öffentlichkeit und Privatheit. Männlichkeit wird hegemonial, indem z. B. Staatsbürgerschaft oder Sozialstaat mit männlicher Erwerbsarbeit verknüpft werden. Männliche Hegemonie kann nur in der Zivilgesellschaft in Frage gestellt werden bei gleichzeitiger Bündnispolitik mit spezifischen Staatsapparaten. Perspektive ist also eine „Frauenpolitik mit dem Staatsapparat gegen den Staatsapparat“ (Birgit Sauer).

vatisierung der Strom- und Wasserversorgung. Sergio grenzt sich ausdrücklich ab von einer Praxis des „asistencialismo“ anderer NROs, die die Bevölkerung zu Empfängern der Segnungen von Entwicklungsprojekten und damit zu Objekten machen. Ihre Idee ist, dass die Leute zu politischen Subjekten werden und Verbesserungen in ihren Gemeindeparlamenten und anderen Entscheidungsgremien des nicaraguanischen Staates erkämpfen. Also eine eindeutig politische Vision mit starkem, positiven Bezug auf den Staat. Mir ist dafür der Begriff „sich des Staates bemächtigen“ eingefallen.

Das geht natürlich nur dann, wenn die Beschaffenheit des Staates Erfolg verspricht, und das sehe ich in Nicaragua gegeben: Schwache Regierungen, wenig Repression und eine Verfassung, die z. B. eine Beteiligung der Bevölkerung an der Gestaltung des Gemeindehaushalts vorsieht.

Und da hab ich gedacht: Wieso soll das nicht gehen, wenn die sozialen Bewegungen stark genug sind, kann sich mit dieser Strategie eine Menge verändern für die unterdrückte Mehrheit, ohne dass man gegen die Existenz des Staates vorgehen müsste. Mit anderen Worten: In Nicaragua ist so was wie ein „linker Staat“ grundsätzlich möglich.

S: Naja, aber die Frage ist aber auch immer, wer sich da eigentlich wessen bemächtigt, mit anderen Worten: sich auf den Staat einzulassen geht nie ohne Nebenwirkungen. Sobald sich eine soziale Bewegung auf den Staat einlässt – auch in Form z. B. eines Gemeindeparlamentes –, muss sie immer ein Stück weit auch dessen Spielregeln akzeptieren und reproduziert sie so mit. Derlei Institutionalisierungsprozesse wurden auch von manchen Leuten in Nicaragua durchaus kritisch betrachtet. Luz Marina Torres von der Frauenorganisation Colectivo 8 de Marzo meinte, dass die zunehmende Einbindung in staatliche Strukturen letztlich schlecht für die feministische Bewegung war. Delegierungen etc. nehmen zwangsläufig zu, sobald man sich auf vom Staat (mit-)bestimmte Entscheidungsstrukturen einlässt, daher nehmen die

Mitwirkungsmöglichkeiten der einzelnen AktivistInnen zwangsläufig ab. Dadurch würden die AktivistInnen in eine gewisse Passivität gedrängt und damit schwindet dann letztlich auch die Identifikation der AktivistInnen mit der sozialen Bewegung, weshalb auch deren Engagement sinkt. Dieser Prozess, den Luz Marina Torres in der nicaraguanischen Frauenbewegung bemerkt, lässt sich meines Erachtens auch z. B. in der Frauenbewegung in Deutschland sehr leicht feststellen, nach dem Motto: „Die Frauenbeauftragte wird’s schon richten.“

A: Ok, du sprichst damit auf die Frage nach den Widerstandspraxen an, und in dem Punkt muss ich dir natürlich Recht geben: Je stärker sich eine soziale Bewegung am Staat orientiert, desto eher passieren solche Prozesse, dieses Dilemma kennen wir ja auch nur zu gut in der Linken hierzulande. Soweit die Parallelen. Ich sehe aber zwei wichtige Unterschiede: Einmal die Beschaffenheit der sozialen Bewegungen, die sich auf den Staat beziehen, und auf der anderen Seite die Beschaffenheit des Staates selbst.

Die sozialen Bewegungen haben in Nicaragua in den letzten Jahren ganz schön an Schlagkraft gewonnen. Die Gewerkschaften der LehrerInnen und Angestellten des Gesundheitswesens organisierten flächendeckend mehrwöchige Streiks, die Proteste gegen den privaten Stromkonzern Union Fenosa sind im Sommer so stark geworden, dass sie die Regierung zum Handeln zwangen. Mit anderen Worten: Diese Form der Organisation mit konkretem Bezug auf den Staat lohnt sich für die Leute, weil sie damit was erreichen. Das hängt aber mit dem zweiten Unterschied zusammen: Die Beschaffenheit des Staates, auf den sie einwirken, ist deutlich anders als das, was wir in Deutschland vor uns haben.

Uns ist ja aufgefallen, dass der nicaraguanische Staat gegenüber sozialen Bewegungen wesentlich weniger repressiv ist, als wir es aus anderen vergleichbaren Ländern kennen. William Grigsby von Radio La Primerísima hat uns das mit dem Erbe der sandinistischen Revolution erklärt: Polizei und Militär sind Or-

ganisationen, die nach der Revolution gegründet wurden, und auch wenn sie nicht mehr dieselben sind wie damals, haben sie diesen Charakter. Das ist also das eine: Mensch kann heute in Nicaragua ProtagonistIn einer sozialen Bewegung sein und wird nicht von Paramilitärs erschossen oder wandert in den Knast. Im Gegenteil: Sie werden ernst genommen. Und da komm ich zu einem weiteren Punkt: Die Regierung unter Bolaños war so schwach, dass es relativ leicht war, Druck auf sie auszuüben. Das konnten die Oppositionsparteien, die UnternehmerInnen, der IWF, aber eben auch die streikenden LehrerInnen und Angestellten im Gesundheitswesen und die Protestbewegung gegen den Stromkonzern Union Fenosa.

Und noch eine Bemerkung von William Grigsby finde ich in diesem Zusammenhang wichtig: Für die nicaraguanische Linke ist die Staatsmacht die Option zur Erreichung einer geregelten Verteilung des Reichtums des Landes, der immer in den Händen weniger war. Er versteht das als Fortschritt gegenüber der somozistischen Diktatur, in der es einen solchen Staat nicht gab und die Bevölkerung ausgeplündert wurde.

Damit hängt auch zusammen, dass es in Nicaragua unserer Erfahrung nach keine soziale Bewegung gibt, die ausdrücklich gegen den Staat kämpft. Die meisten GesprächspartnerInnen haben ja unsere entsprechende Frage erst gar nicht verstanden. Es ist eben eine andere historische Situation, und da greifen vielleicht unsere Analysen nicht.

Wenn also die Strategie ist, sich mit starken sozialen Bewegungen „des Staates zu bemächtigen“, finde ich die Position von William Rodriguez von der Sozialforschungs-NRO CEI (Centro de Estudios Internacionales) folgerichtig: Er tritt für einen starken Staat ein, der gut von unten kontrolliert wird. Deswegen machen sie beim CEI politische Bildungsarbeit an der Basis, damit starke, unabhängige soziale Bewegungen Druck auf den Staat ausüben können. Gut gefallen



Mit den Repressionsorganen haben es andere schwerer: In der Polizei Nicaraguas spiegelt sich noch das soziale Kräfteverhältnis zu Zeiten der Revolution wider.

hat mir auch der Satz: „Die Demokratie in Nicaragua ist noch jung. Man kann nicht alles auf einmal erwarten. Bis es wirklich gut funktionierende soziale Bewegungen gibt, die als dritte/r AkteurIn neben Regierung und Parteien stehen, dauert es vielleicht noch 20 Jahre.“

Ich denke, dass die sozialen Bewegungen in Nicaragua in jüngerer Zeit einiges erreicht haben: Gehaltserhöhungen für LehrerInnen und Angestellte im Gesundheitswesen, die Wiederverstaatlichung der Stromversorgung wird diskutiert. Das Bildungsgesetz, das ein Kind der linken LehrerInnengewerkschaft ist, wurde von der liberalen Regierung angenommen. Es ist halt eine Strategie, die Sinn macht, weil sie zu Erfolgen führt.

S: Natürlich haben sie einiges erreicht, die Frage ist aber auch, ob sie nicht noch mehr erreichen könnten, wenn sie wirklich bemächtigt wären, sich ihrer Belange selbst anzunehmen. Jeder Staat, und sei er auch noch so schwach, verfolgt Eigeninteressen und wird, wenn ihm die Ziele sozialer Bewegungen nicht (oder nicht mehr) in den Kram passen, versuchen einzuschreiten. Falls dieser Staat wirklich zu schwach ist, um dies zu tun und sich quasi im Sog von sozialen Bewe-

gungen und sonstigen politischen AkteurInnen treiben lässt, ohne wirklich ein eigenes Profil zu haben, würde ich auch seine generelle Verlässlichkeit als „KooperationspartnerIn“ stark in Frage stellen. Wer garantiert mir, dass der Staat „meiner“ sozialen Bewegung nicht heute Zugeständnisse macht, die er morgen wieder zurücknimmt, weil er sich nun beispielsweise von internationalen Konzernen etc. schubsen lässt. Das relative Rumgeeiere des Parlaments in Sachen Unión Fenosa spricht meines Erachtens ebenso dafür wie die Tatsache, dass die ehemals revolutionäre FSLN im Wahlkampf und auf Druck der Kirchen jetzt mal eben daran mitwirkt, Abtreibungen zu verbieten.

Sicherlich kann sich ein Staat selbst als entschieden emanzipationsfördernd definieren, dazu müsste er sich aber einen möglichst breiten Überblick über die Belange und Bedürfnisse von allen möglichen sozialen Gruppen verschaffen, damit diese nicht marginalisiert werden, bzw. um ihnen Wege aus ihrer Marginalisierung zu ermöglichen. Allerdings wird die Idee, die der Staat von den Zuständen, Bedürfnissen, Normen etc. der einzelnen Gruppen hat, immer defizitär sein im Vergleich

mit der Definition etc., die diese Gruppen von sich selbst haben. Selbst wenn in Nicaragua jetzt von einem Tag auf den anderen ein linker, wirklich emanzipatorischer Staat bestünde, dürfte es z. B. die Lesben- und Schwulenorganisation Xochiquetzal, die wir getroffen haben, immer noch ziemlich schwer haben bei der Umsetzung ihrer Ideen, einfach weil Vorurteile im Allgemeinen und Homophobie in Nicaragua im Besonderen offenbar tief sitzen und auch vor der offiziellen Politik nicht halt machen, wie uns z. B. Josefa Rivera von Xochiquetzal erzählt hat. Ich fand es auf jeden Fall durchaus bezeichnend, dass Xochiquetzal eine der Organisationen war, die mit am wenigsten mit dem Staat zu tun haben, sei es in Form von Geldern, Forderungen oder sonst was. Auch in anderen Fällen wird ein emanzipatorisches Projekt wohl grundsätzlich tiefgründiger und radikaler ausfallen, wenn es die betreffenden sozialen Gruppen selbst in die Hand nehmen.

A: Naja, was du beschreibst, klingt ja nochmal nach einem ganz anderen Verständnis von der Rolle des Staates, nämlich, dass er sich tatsächlich als linkes Projekt definiert. Wir sind uns sicher einig darin, dass wir Ortegas FSLN, die ja jetzt gewonnen hat, nicht als linkes Projekt missverstehen. Aber am Beispiel Venezuela kannst du sehen, dass eben ein linker Staat auch ne Menge bewegen kann: Die Förderung von Basisorganisation in Stadtteilversammlungen etc. ist da ein zentrales Anliegen, genauso wie die Förderung von Kollektivbetrieben. Da ist natürlich Nicaragua weit entfernt von. Und das ist ja auch nicht der Ansatz der dortigen sozialen Bewegungen: Die sind schon so selbstbewusst, dass sie die Politik nicht dem Staat, auch nicht der FSLN überlassen. Das hat z. B. die Bemerkung von Hervin, unserem Ansprechpartner auf dem Land beim Movimiento Comunal de Matagalpa, auf den Punkt gebracht: „Gane quien gane, seguimos luchando“ (Wer auch gewinnt, wir kämpfen weiter). Wir haben die ja gefragt: „Arbeitet ihr ohne, mit oder gegen den Staat?“ Und sie haben geantwortet: „Von allem etwas.“

Ohne den Staat, weil sie durchaus auch Projekte laufen haben, die zu mehr Unabhängigkeit führen sollen, etwa den Aufbau gemeindeinterner Wirtschaftsstrukturen. Mit dem Staat, weil sie die Verbesserung der Partizipation, das Einklagen staatlich garantierter Rechte anstreben. Und gegen den Staat, weil sie gegen viele seiner Maßnahmen aktiv werden, etwa mit Demonstrationen gegen Privatisierungen. Gegen hat für sie allerdings nie bedeutet, den Staat als Ganzes infrage zu stellen und unabhängige Strukturen aufzubauen, wie etwa die ZapatistInnen in Mexiko oder die Landlosenbewegung MST in Brasilien. Das kommt ihnen in der gegebenen Situation nicht opportun vor. Die Bewegung ist bisher zu klein und mit Bezug auf den Staat ist noch einiges herauszuholen. Sergio sagte: „Wenn uns das in fünf Jahren nicht mehr taugt, überlegen wir was Neues. Aber bisher ist die Strategie sinnvoll.“

S: Dieses permanente Austaxieren zwischen dem Ziel und dem Weg dorthin wäre auch in einem „gegen den Staat“-Konzept nötig. Wie gesagt: es ist wichtig, im hier und jetzt irgendwo ansetzen zu können. Dabei würde ich das „gegen den Staat“ vor allem als eine Methode ansehen, allerdings in einen breiteren Kontext eingebettet. Vor ein paar Tagen ist mir dazu die Formel „Anarchismus als Warnschild“ eingefallen, das gefällt mir seitdem ganz gut. Ja, was meine ich damit?

Nun, da die Gefahr besteht, dass linke Bewegungen abdriften und Macht eine Tendenz hat, sich zu verselbständigen (siehe FSLN und vor allem Ortega; in Deutschland wäre vielleicht Joschka Fischer ein Paradebeispiel), ist es meines Erachtens notwendig für jedeN AktivistIn, rechtzeitig die Bremse zu ziehen, bevor jedeR einzelne oder die eigene politische Bewegung in solche Strukturen zurückrutscht. Um sich davor zu schützen – oder eben sich selbst davor zu warnen – ist es nötig, eine möglichst radikale Herrschaftskritik immer im Hinterkopf zu behalten und zur Anwendung zu bringen, sei es in der Kritik an staatlichen Strukturen oder auch im Umgang miteinander in-

nerhalb der einzelnen politischen Gruppen oder etwa dabei, Entscheidungsstrukturen für die eigene politische Arbeit zu finden. Ja, und im Anarchismus sind derartige Ansätze wie in keinem anderen Konzept der Grundbaustein der ganzen Idee.

Ein Stück Anarchismus ist in der alltäglichen Arbeit linker sozialer Bewegungen implizit sehr oft enthalten, obwohl sich die meisten wahrscheinlich dagegen sträuben würden, als anarchistisch o. ä. bezeichnet zu werden. Auch innerhalb der Brigade war ja beispielsweise die Art, wie wir Entscheidungen fällen, immer wieder ein Thema und warum, wenn nicht aus herrschaftskritischer Motivation her-



Mit militanten Mitteln für reformistische Forderungen: Kundgebung von dem Parlament für die Wiederverstaatlichung der Stromversorgung

aus, wären wir auf die Idee gekommen, uns an einem sperrigen, weil langwierigen Konzept wie Konsensentscheidungen zu versuchen. Ähnliches ist uns auch in Nicaragua begegnet. So sagt zum Beispiel Luz Marina Torres vom Colectivo 8 de Marzo, dass es ganz wichtig sei, jeden Tag miteinander nicht-autoritäre Kommunikationsformen zu finden und anzuwenden. Und um diese Kritik gegen die herrschende Ideologie von Konkurrenz, Elitedenken und Machtstreben präsent zu halten, sind libertäre Ideen, bei denen Herrschafts- und Autoritarismuskritik DER zentrale Teil des politischen Konzepts ist, ab-

solut ideal. Auch in Sachen internationaler Solidarität ist ein „anarchistisches Warnschild“ sehr wichtig, weil wir ja permanent mit sehr extremen Machtungleichgewichten konfrontiert sind. Besonders weil wir ja – ob wir wollen oder nicht – in dieser Sache erstmal auf der höheren Machtposition stehen, müssen wir diese permanent und radikal in Frage stellen, um zu einer wirklichen Solidarität zu gelangen.

A: Ja, hinter der Idee mit dem anarchistischen Warnschild kann ich mich auch gut wiederfinden. Die Kritik an der Herrschaft ist für mich auch die stärkste Motivation für internationalistische Arbeit, und

Herrschaft abzubauen ist, denke ich, auch die Motivation einer jeden linken Bewegung. Wo ich dieses Element finde, da fühl ich mich dann auch solidarisch, auch wenn die Bewegungen in Nicaragua das anders umsetzen, als ich es hierzulande machen würde.

Pia Eberhardt, Sandra Eck, Raphael Kiczka, Alexander Dragomir, Andrés Schmidt

Das Brigade-Kollektiv arbeitet weiter an diesem Thema und freut sich über Rückmeldungen an die Adresse nica@oeku-buero.de

John Holloway

Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen

Wenn man sich die Erfahrungen des letzten Jahrhunderts ansieht, von revolutionären Regierungen in Russland, China, Kuba - obwohl Kuba ein komplizierterer Fall ist - oder von reformistischen Regierungen, die durch Wahlen an die Macht gekommen sind, dann bietet sich das Bild einer herben Enttäuschung, einer schrecklichen Desillusionierung. In keinem Fall war eine linke Regierung in der Lage, die Art von Veränderungen vorzunehmen, die sich die Leute, die für sie gekämpft haben, gewünscht hatten. In allen Fällen ist die Reproduktion der Machtverhältnisse herausgekommen, vielleicht eine Veränderung der Machtverhältnisse, aber eine Reproduktion der Machtverhältnisse, die Leute ausschließen, die materielle Ungerechtigkeit reproduzieren, und eine Gesellschaft, die nicht selbstbestimmt ist. Sie reproduziert immer eine Gesellschaft, in der die Leute selbst nicht die Entwicklung der Gesellschaft bestimmen können. Man kann es historisch analysieren: In Russland geschah es aus diesem und jenem Grund, in China aus diesem und jenem Grund, in Albanien, Kuba, Brasilien etc. Aber irgendwann kommt der Punkt, wo es nicht mehr ausreicht, darüber im Sinne spezifischer historischer Fälle zu sprechen, und wir verallgemeinern müssen. Die naheliegendste Schlussfolgerung ist wohl, dass an der Idee der gesellschaftlichen Transformation mithilfe des Staates an sich etwas falsch ist. Das Scheitern der Gesellschaftsveränderung durch den Staat hat mit dem Wesen des Staates selbst zu tun, damit, dass der Staat nicht einfach eine neutrale Institution ist, sondern eine spezifische Form von sozialem Verhältnis, die mit der Entwicklung des Kapitalismus aufkommt. Und dass er eine Form von sozialem Verhältnis ist, die auf dem Ausschluss der Men-

schen von der Macht basiert, die auf der Trennung und Fragmentierung der Menschen beruht.

„Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen“ bedeutet das, was es sagt, nämlich dass wir die Welt verändern müssen, das ist klar. Und dass wir es auf eine Art und Weise machen müssen, die den Kampf um die Weltveränderung nicht als einen um den Staat und die Macht konzentrierten Kampf denkt. Es ist wichtig, unsere eigenen Strukturen zu entwickeln, unseren eigenen Weg, die Dinge zu tun. Ein zentraler Aspekt des Arguments ist, dass es wichtig ist, zwi-

schen zwei Konzepten der Macht zu unterscheiden. Dass der Begriff der Macht einen Antagonismus beinhaltet, zwischen unserer Macht, Dinge zu tun und unserer kreativen Macht auf der einen Seite, und der Befehlsmacht, der instrumentellen Macht des Kapitals, auf der anderen Seite. Mit anderen Worten ist die naheliegendste Antwort auf die Frage, was Macht ist, dass Macht unsere Fähigkeit, Dinge zu tun, bedeutet. Diese Macht ist immer eine soziale Macht, einfach weil das Tun einer Person immer vom Tun von anderen abhängt. Es ist völlig klar, dass unser Tun hier im Moment vom

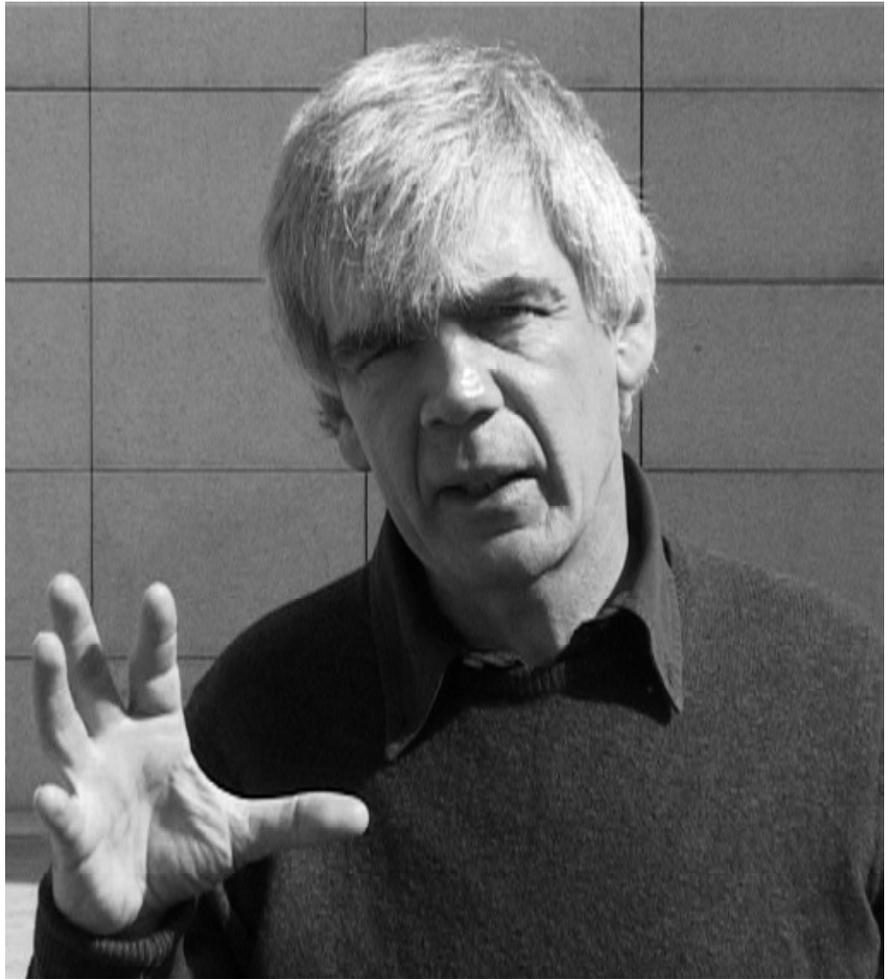


Foto: Oliver Ressler

Tun von Hunderten oder Tausenden von Menschen abhängt, die die Technologie geschaffen haben, mit der wir arbeiten, die die Begriffe geschaffen haben, die wir verwenden etc. Unsere Macht zu tun ist immer eine soziale Macht, immer eine kollektive Macht, unser Tun ist immer Teil eines sozialen Flusses des Tuns. Im Kapitalismus wird dieser Fluss gebrochen, weil der Kapitalist sich das Tun von anderen aneignet. Und da das Tun einer Person die Voraussetzung des Tuns einer anderen ist, wird die Aneignung des Tuns durch das Kapital zur Voraussetzung der Fähigkeit, über das Tun von anderen zu bestimmen. Dadurch wird die soziale Macht zu handeln durchbrochen, in ihr Gegenteil verkehrt, in die Macht des Kapitalisten, über das Tun von anderen zu bestimmen.

Kapitalismus ist im wesentlichen der Prozess der Unterbrechung dieses sozialen Flusses des Tuns, Brechung der Gesellschaftlichkeit des Tuns und Brechung unserer Macht zu Tun, sowie Umwandlung in eine Macht über, in etwas, was uns fremd ist. Wir müssen deshalb über unseren Kampf nicht als Machtkampf denken, was bedeuten würde, deren Macht zu übernehmen, sondern als Kampf, unsere Macht des Tuns aufzubauen, die unvermeidlich eine soziale Macht ist. Und es ist wichtig, in diesem Kampf zwei grundverschiedene Begriffe der Macht zu sehen, die beide ihre eigene Logik besitzen. Die Logik des Kapitals ist eine Logik der Herrschaft, der Hierarchie und Fragmentierung. Eine Logik, die Subjektivität verneint, das Subjekt objektiviert. Unsere Logik steht dem entgegen, es ist die Logik des Zusammenkommens, des Wiederaufbaus der Subjektivität, die vom Kapital verneint wird. Subjektivität nicht als individuelle, sondern als gesellschaftliche Subjektivität. Das sind zwei verschiedene Denk- und Handlungsformen. Für uns bedeutet der Versuch, Gesellschaftsveränderung zu denken, Vertrauen in die selbstkritische Entwicklung unserer eigenen Handlungs- und Denkformen zu haben. Wenn wir den Kampf um Gesellschaftsveränderung als Klassenkampf betrachten, dann ist es grundlegend, diesen Kampf als asymmetrisch zu sehen. Und sobald wir ihre Formen reproduzieren und unseren Kampf als

Spiegelbild ihres Kampfes zu sehen, dann machen wir nichts weiter als die Macht des Kapitals in unseren eigenen Kämpfen zu reproduzieren.

Die Revolution, an die ich denke, muss mehr als Frage denn als Antwort gedacht werden. Auf der einen Seite ist klar, dass wir eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft brauchen, auf der anderen Seite ist es klar, dass die Art und Weise auf die wir im letzten Jahrhundert versucht haben, die Gesellschaft durch den Staat zu verändern, gescheitert ist. Nun bleibt uns nur, es anders zu versuchen. Wir können nicht einfach die Idee der Revolution aufgeben. In den letzten Jahren sind viele Leute zu dem Schluss gekommen, dass aufgrund des Scheiterns der staatlichen Gesellschaftsveränderung die Revolution unmöglich ist. Doch das Gegenteil ist der Fall, die Revolution ist dringender als je zuvor. Aber man muss darüber nachdenken, wie wir es tun können, wir müssen andere Wege finden. Im Moment bedeutet das die Fähigkeit, die Frage zu stellen und darüber nachzudenken, wie man diese Frage entwickeln kann. Aber es ist wichtig, dass die Revolution eine Frage ist statt einer Antwort. Der Weg des revolutionären Prozesses ist selbst als Frage zu verstehen, im Laufe dessen den Menschen nicht Antworten verkündet werden, sondern sie in einen Prozess der Selbstbestimmung einbezogen werden.

Über diese sehr allgemeine Antwort hinaus kommt man zu den Einzelheiten über eine Analyse der tatsächlich stattfindenden Kämpfe. Nicht durch deren Kopie, sondern deren kritische Analyse, wie in bestimmten Bewegungen autonome Formen des Handelns zu entwickeln versucht wurden, Konzepte der Würde, der Aufhebung der Trennung zwischen Politik und Ökonomie, der Entwicklung neuer Organisationsformen.

Der Aufstand der Zapatistas war für mich von enormer Bedeutung, ab 1994 und die ganze Erfahrung der letzten zehn Jahre. Aus zwei Gründen: Zum Teil, weil sie sich zu einer Zeit erhoben und rebelliert haben, als es in der modernen Gesellschaft keinen Platz mehr für Revolten zu geben schien. Aber auch und vor allem, weil sie vorgeschlagen haben, die ganze

Konzeption dessen, was Rebellion, Revolte und Revolution bedeuten, zu überdenken. Ein Teil dessen ist genau die Frage, eine andere Logik vorzuschlagen, sowie eine andere Sprache, Zeit, und Räumlichkeit, die nicht symmetrisch zu der Sprache und Zeit von Kapital und Staat liegen. Zum Beispiel war nach dem anfänglichen Aufstand einer der ersten wichtigen Ereignisse der „diálogo de San Andrés“, der Dialog zwischen der Mexikanischen Regierung und den Zapatistas in San Andrés, dieser Stadt in Chiapas. Normalerweise würde man darüber als Dialog denken, eine Verhandlung als symmetrischen Prozess zwischen zwei Seiten. Eines der wichtigsten Dinge ist, dass die Zapatistas von Anfang an klar gemacht haben, dass sie erstens nicht verhandeln werden, und dass es zweitens kein symmetrischer Prozess sei. Das haben sie durch ihre Kleidung klargemacht, dadurch dass sie darauf bestanden, ihre traditionelle Kleidung zu tragen, und bei zumindest einer Gelegenheit auch darauf, ihre eigene Sprache zu verwenden, statt sich der Verwendung von Spanisch zu beugen. Und einer der interessantesten Punkte der aufkam war z.B. die Frage der Zeit. An einem Punkt, an dem die zwei Seiten, die Regierung und die Zapatistas, eine provisorische Übereinkunft erreicht hatten, sagten die Zapatistas, sie würden das nun mit ihren Leuten diskutieren. Die Regierung forderte hingegen eine Entscheidung binnen zwei Tagen. Die Zapatistas aber beharrten darauf, dass sie eine andere Zeit und Diskussionsprozesse hätten. Den Hinweis des Regierungsbeamten, sie hätten ja die gleiche japanische Armbanduhr, beantwortete der zapatistische Repräsentant mit dem Hinweis, dass das für sie nicht die Bedeutung von „Zeit“ sei, für sie sei „Zeit“ etwas anderes. Und sie ließen sich mit der Antwort zwei Monate Zeit.

Darin kommt die von Beginn an vorhandene Einsicht zum Ausdruck, dass Rebellion Vertrauen in ihre eigenen Strukturen, Zeit- und Raumgefühl bedeutet. Und diese Vorstellung von „Zeit“ z.B. ist sehr eng mit der Frage demokratischer Strukturen verbunden, die ganze Frage des Beharrens darauf, dass Entscheidungen durch einen Prozess der gemeinschaftlichen Dis-

Solidaritäts- brigade nach El Salvador

von Ende Juli bis
Anfang September 2007

- praktische Solidarität (aus)üben
- andere Lebenssituationen kennenlernen
- Austausch politischer Erfahrungen



Infos über:
Ökumenisches Büro e. V.
Pariser Str. 13 • 81667 München
Tel: 089 / 448 59 45
Fax: 089 / 48 76 73
elsal@oeku-buero.de
www.oeku-buero.de

Für das Recht auf



Wer dafür einen Flug braucht,
kauft ihn beim Flugbüro des
Ökumenischen Büros und
unterstützt damit die
Solidaritätsarbeit für Mexiko
und Mittelamerika.

ökumenisches büro e.v.
pariser str. 13 • 81667 münchen
fon 089 - 89 22 49 61 • fax 089 - 89 22 49 62
e-mail flug@oeku-buero.de
www.oeku-buero.de/flug

kussion erfolgen müssen. Weil wenn man darauf beharrt, braucht das viel Zeit, einfach eine andere Zeitvorstellung. Die Asymmetrie, dieses Fehlen von Symmetrie zwischen der Herrschaftslogik und der Logik der Revolte ist für die zapatistische Bewegung von Anfang an absolut zentral. Und das wird immer wieder in ihren Kommunikués, in ihrer Verwendung von Erzählungen, Witzen und Gedichten deutlich. Und all diese Dinge, die auf den ersten Blick wie bloße Dekoration wirken, die für die Revolte nur sekundär sind, erweisen sich als zentral für die Revolte selbst, dass sie eine andere Form des Begreifens der Welt und von Beziehungen zwischen Menschen vorschlagen und darauf beharren. Während die traditionelle Vorstellung von Revolution stark auf einer militärischen Metapher beruhte, auf der Idee, dass es um den Zusammenstoß von zwei Armeen geht. Und dass zur Besiegung des Feinds die Methoden des Feinds akzeptiert werden müssen. Es ist sehr wichtig, dass die Zapatistas damit gebrochen und sich dem verweigert haben. Um zu rebellieren, muss man eine Sprache entwickeln für die Dinge, die man macht, die der Staat einfach nicht versteht. Und das haben sie in den letzten zehn Jahren konsistent immer wieder gemacht.

Sehr oft denken wir über Kapitalismus, über das Problem der Revolution, als „Wie zerstört man den Kapitalismus?“. Damit muss gebrochen werden, weil wenn man daran denkt, wie man den Kapitalismus zerstören kann, endet man schnell bei der Einsicht, dass das unmöglich ist. Weil dadurch imaginiert man den Kapitalismus als das riesengroße Monster mit Armeen, Erziehungssystemen, Medienkontrolle und materiellen Ressourcen etc., das für sich existiert. Und auf der anderen Seite stehen wir, verloren, und wie können wir dieses Monster zerstören? Wir müssen uns von dieser Metapher der Zerstörung verabschieden und anders darüber denken.

Der Kapitalismus existiert nicht, weil wir ihn im 19. oder 18. Jahrhundert oder sonst wann geschaffen haben. Der Kapitalismus existiert heute nur, weil wir ihn heute immer wieder neu erschaffen. Wenn wir ihn morgen

nicht mehr erhalten, wird er nicht existieren. Er scheint ewiges Leben zu haben, aber das ist nicht wahr. Tatsächlich hängt das Kapital von einem Tag zum anderen von uns ab. Wenn wir morgen alle im Bett bleiben, wird der Kapitalismus aufhören zu existieren. Wenn wir anfangen, über den Kapitalismus in der Weise zu denken, wie wir aufhören könnten, ihn „zu machen“, wenn wir über die Revolution auf die Weise denken, wie wir aufhören könnten, sie „zu machen“, dann bedeutet das nicht, dass wir das Problem gelöst haben. Es bedeutet nicht, dass der Kapitalismus morgen verschwinden wird. Wenn wir die Revolution so denken „Wie könnten wir aufhören, den Kapitalismus zu machen?“, löst sich das Bild des Kapitalismus als übermächtiges gegnerisches Monster auf. Und wir können anfangen, Möglichkeiten zu öffnen, eine neue Hoffnung und neue Formen, über Revolution nachzudenken und unsere Gesellschaft zu ändern.

Deutsche Übersetzung der Transkription eines Videos (23 Min., 2004) aus dem sich ständig erweiternden Ausstellungsprojekt „Alternative Economics, Alternative Societies“ (2003 – 2006) von Oliver Ressler, das zurzeit aus 15 Videos besteht. Weitere Informationen:
www.ressler.at

Die Videotranskription des Gesprächs mit John Holloway ist erschienen in: „Alternative Ökonomien, Alternative Gesellschaften“, Kurswechsel 1/2005 und auf
www.republicart.net

Widerstand gegen Wasserprivatisierung und Staudammprojekte

Bericht vom El Salvador-Bundestreffen 2006 in Leipzig

(ah) Bereits vor mehreren Jahren gab die Interamerikanische Entwicklungsbank der salvadorianischen Regierung einen Kredit, der die Dezentralisierung der Wasserversorgung zur Bedingung hatte. Das ist verbale Kosmetik. Damit ist nichts anderes gemeint als die Privatisierung des Wassers. Denn bereits seit den 1990er Jahren haben internationale Finanzinstitutionen durch Strukturpassungsmaßnahmen die Privatisierung von Wassersystemen in Lateinamerika vorangetrieben. Doch nach den Erfahrungen in Cochabamba, Bolivien 2000 vermeidet die Interamerikanische Entwicklungsbank das Wort „Privatisierung“ und zieht es seitdem vor, von „Dezentralisierung“ und „Konzessionierung“ zu sprechen. Auch die deutsche Entwicklungsbank KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) treibt die sogenannte Dezentralisierung der Wasserversorgung in El Salvador voran. Doch nach den schlechten Erfahrungen, die die Be-

völkerung in El Salvador bisher mit der Privatisierung von staatlichen Dienstleistungen gemacht hat, gibt es nun eine breit angelegte Mobilisierung gegen die drohende Wasserprivatisierung.

Widerstand gibt es auch gegen ein anderes Projekt der salvadorianischen Regierung. Dabei handelt es sich um den Bau von mehreren Staudammprojekten, von denen das Fortgeschrittenste El Chaparral in Departamento San Miguel ist. Die Staudammprojekte zur Energiegewinnung stehen im Zusammenhang mit SIEPAC, dem zentralamerikanischen Stromnetz, einem Bestandteil des Plan Puebla Panamá (PPP). PPP und SIEPAC zielen darauf ab, die zentralamerikanische Energieproduktion mittels eines Staudammsystems zu steigern, sowie die zentralamerikanischen Stromnetze für den besseren Export miteinander zu verbinden. Um eine Verbesserung der Stromversorgung der Haushalte in El Salvador geht es

dabei nicht; die erzeugte Energie wird in die Maquilas und in den Export fließen. Die Kosten hierfür werden vor allem die arme, ländliche Bevölkerung und die Umwelt tragen.

Das diesjährige Bundestreffen der El Salvador-Solidaritätsgruppen in Leipzig beschäftigte sich mit diesen zwei besonders aktuellen Aspekten der allgemeinen Wasserproblematik. Wilfredo Romero, Generalsekretär der Gewerkschaft SETA des nationalen Wasserversorgers ANDA und Luis Rivera, Aktivist im Widerstand gegen das Staudammprojekt El Chaparral in San Miguel führten die rund 50 TeilnehmerInnen des Bundestreffens in die jeweiligen Problematiken ein und machten anschließend eine zweiwöchige Informations-Rundreise durch die BRD und die Schweiz. Im Folgenden sind zwei Interviews mit den Referenten abgedruckt.

Interview mit Luis Rivera, Aktivist aus San Antonio del Mosco, El Salvador im Widerstand gegen das Staudammprojekt „El Chaparral“

Luis, du bist hier in Deutschland auf einer Rundreise, um uns über den Widerstand gegen ein Staudammprojekt zu informieren. In welcher Situation befindet sich deine Gemeinde?

Ich komme aus der Gemeinde San Antonio del Mosco in San Miguel, sie wird die erste Gemeinde sein, die von dem Staudammprojekt „El Chaparral“ betroffen sein wird, das sie am Río Torola bauen wollen. Aber es werden auch die Gemeinden Carolina, San Luis de la Reina, San Gerardo, Nuevo

Edén de San Juan betroffen sein.

In der Gemeinde, aus der ich komme, herrscht extreme Armut, wir säen Mais und Bohnen, aber es langt nur für eine kurze Weile für uns selber, wir können nichts auf dem Markt verkaufen, weil es nicht genug ist. Und wenn sie den Staudamm eröffnen, werden die Leute ihre Ernte nicht mehr von den Feldern holen können, weil sie vom Stausee überschwemmt sein werden.

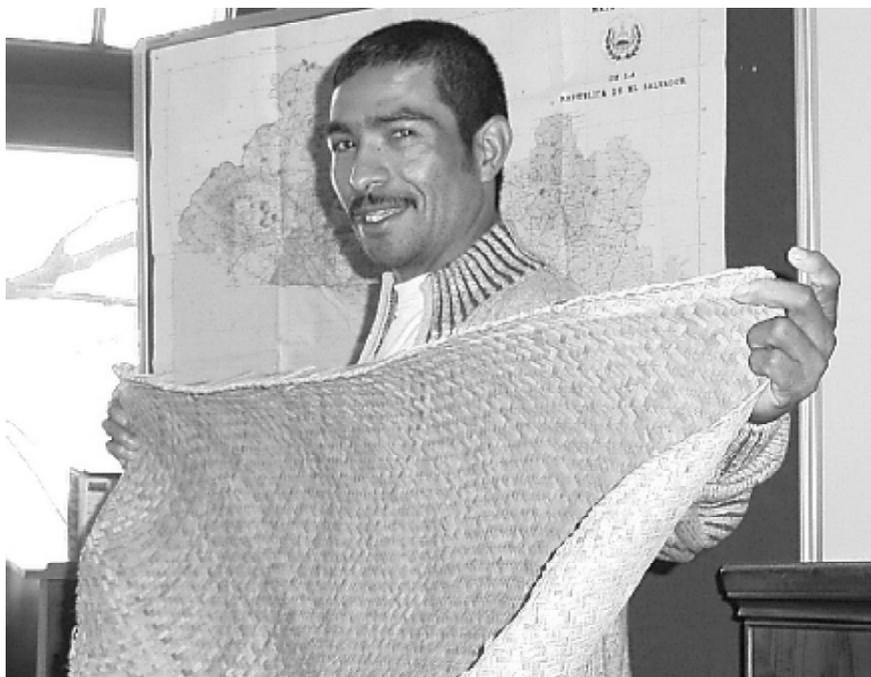
Wann habt ihr von diesem Projekt erfahren?

Vor einigen Jahren, als Vertreter der CEL (Comisión Ejecutiva Hidroeléctrica del Río Lempa, Energieversorger, der das Staudammprojekt betreibt, Red.), gekommen sind und den Bau eines Staudamms angekündigt haben, begann der Kampf

gegen das Projekt. Der Baubeginn wurde mehrmals verschoben und heute sagen sie, dass er 2007 beginnen wird und dass sie den Stausee 2009 füllen werden.

Wie ist denn die rechtliche Situation? Haben die Leute Besitztitel über ihr Land?

Das ist das große Problem, denn die meisten meiner Leute haben keine Urkunde, die belegt, dass ihnen das Land gehört, auf dem sie leben. Sie haben das Land von ihren Eltern geerbt, und die wieder von ihren Eltern, aus alter Zeit, usw. Es gibt Leute, die leben da schon über 50 Jahre, aber sie haben kein Dokument. Deswegen berücksichtigen sie diese Bevölkerung überhaupt nicht. Und weil die Leute so arm sind, können sie sich die Do-



Luis Rivera in Leipzig

kumente auch nicht besorgen.

Wie organisiert ihr euren Widerstand?

Der Widerstand organisiert sich bei uns rund um einen Pfarrer, Padre Antonio Confessor Carballo, der auch mit der Organisation CESTA (Centro Salvadoreño de Tecnología Apropriada, Umweltschutzorganisation, Red.) aus San Salvador zusammenarbeitet. Die Leute von CESTA beraten uns, wie wir dieses Projekt aufhalten können, außerdem unterstützen uns Gruppen aus Honduras, Chalatenango und Sonsonate (die auch von Staudammprojekten betroffen sind, Red.).

Denn unsere Leute werden nichts von dem Staudamm haben, sie werden nur die Folgen tragen müssen. Es gibt bei uns zwar ein Stromnetz, aber die meisten Leute können sich keinen Anschluss leisten, weil sie zu arm sind. Der Strom ist für andere Länder gedacht, nicht für uns in El Salvador.

Und deswegen bin ich auch hier in Deutschland, um Informationen zu verbreiten und damit wir uns nicht alleine fühlen. Durch die Kontakte mit anderen Organisationen und mit Leuten aus anderen Ländern werden die Herren der CEL schon merken, dass es ein harter Widerstandskampf ist. Diese Reise war sehr wichtig für uns, und wir werden dies in allen Dörfern auch erzählen, so werden die Leute noch aktiver und unser Kampf gegen

das Projekt wird noch erfolgreicher werden.

Und was macht die CEL, was bietet sie an?

Sie sagen, dass die, die ihr Land verlassen, Häuser bekommen werden, dazu eine Schule, eine Kirche, einen Park. Aber damit wollen sie uns hinter Licht führen, denn wir wissen, was zum Beispiel die Leute am Rio Lempa durchgemacht haben (als dort ein Staudamm gebaut wurde, Red.). Außerdem ist dieser Plan nur für 60 bis 70 Familien gemacht – der Rest der betroffenen Bevölkerung ist nicht berücksichtigt, und insgesamt werden weit mehr Familien betroffen sein, ungefähr 11000 Personen. Deswegen sagen wir „Nein“. Wir wissen, dass sie nicht halten werden, was sie uns versprechen.

Bieten sie auch Geld?

Sie kommen und bieten den Leuten an, ihr Land zu kaufen, also den Leuten, die auf der Seite der Regierung sind, auf Seiten von ARENA. Doch was sie zahlen wollen, das ist nur ein Bruchteil dessen, was das Land jeweils wert ist. Es gibt ein paar, die das Geld angenommen haben. Aber die Mehrheit der Leute hat nicht verkauft. Und gleichzeitig wird uns gedroht: Wenn ihr nicht geht, dann wird euch eben das Wasser vertreiben.

Und hat die Regierung auch schon versucht, den Widerstand mit

Gewalt zu unterdrücken?

Ja, zum Beispiel als es im September dieses Jahres eine öffentliche Anhörung des Umweltministeriums gab. Schon am Vorabend kamen einige Sicherheitsleute, und am Tag der Anhörung kam dann ein Bus, voll mit 100 Polizisten, um die Leute einzuschüchtern. Und die Leute waren dann auch erstmal sehr verängstigt.

Die öffentliche Anhörung sollte in der Casa Comunal stattfinden. Und obwohl nur 70 Leute eingeladen worden waren, befanden sich an die 400 Leute in dem Saal, weil der Priester über ein Bürgerradio, das wir dort hören, das Radio Segundo Montes, die Leute aufgefordert hatte, zu kommen. Die Leute vom Umweltministerium und der CEL haben die Anhörung dann durchgeführt, aber sie fühlten sich ziemlich unsicher. Denn als all die Campesinos ihre Fragen stellten, konnten sie nicht gut antworten. Und der Priester hat dann gehandelt und die Versammlung einfach beendet, indem er gesagt hat: Wenn sie auf die Fragen nicht antworten, dann können wir die Anhörung gleich beenden. Und so geht der Widerstand weiter.

Und was sind die nächsten Schritte?

In San Luis de la Reina haben wir dieses Jahr zum Beispiel noch ein Forum, drei Tage lang, und es wird mein Stolz sein, dort so viele Leute wie möglich aus meiner Gemeinde hinzubringen, damit sie sehen, dass wir viele sind. Der Widerstand wird wachsen. Der Priester wird massiv bedroht, aber davon lässt er sich nicht abbringen.

Ich bin ein einfacher Bauer. Aber ich bin sehr bewegt davon, dass ich hier sein und meine Erfahrungen hier mit anderen teilen kann. Und ich weiß, dass sie zu Hause auf mich warten, und wissen wollen, wie die Reise war. Ich komme am Montag wieder in El Salvador an und am Mittwoch gibt es eine Versammlung, wo ich den anderen erzählen werde, wie es auf der Reise war, und ich werde erzählen, dass ich viele Leute getroffen habe und dass wir Unterstützung bekommen werden in dem Kampf, in dem wir stecken.

Mit Dank an Lateinamerika Nachrichten, die das Interview geführt haben!

Interview mit Wilfredo Romero, Generalsekretär der Gewerkschaft SETA (Sindicato de trabajadores de ANDA), die die Arbeiter des nationalen Wasserversorgungsunternehmens ANDA in El Salvador vertritt.

Bei der Gewerkschaft SETA kämpft ihr seit einiger Zeit gegen die Privatisierung des Wassersektors in El Salvador. Worum geht es da?

Es gibt im Zusammenhang mit der Privatisierung des Wassersektors in El Salvador verschiedene Probleme, die zu Lasten der Bevölkerung gehen. Deswegen versuchen wir von SETA die Ressource Wasser vor der Privatisierung in El Salvador zu schützen.

Die Privatisierung droht von zwei Seiten: Über die Dezentralisierung der Wasserversorgung und über ein Wassergesetz der Regierung, welches Konzessionen vergibt. Dadurch wird die ganze Bevölkerung betroffen sein.

Denn durch die Dezentralisierung soll die Wasserversorgung in die Hände der lokalen Regierungen (Municipios) gelegt werden, und die sind damit überfordert. Die Bürgermeister sagen, dass sie dazu ausgestattet sind, ein Municipio zu verwalten, aber nicht dazu, eine Wasserversorgung aufrecht zu erhalten. Genau aus diesem Grund wurde im Jahr 1961 ja ANDA gegründet, weil die einzelnen Municipios die Wasserversorgung der Bevölkerung nicht gewährleisten konnten. ANDA entstand mit dem Ziel, der ganzen Bevölkerung Wasser zur Verfügung zu stellen. Nun kommt die Regierung, möchte wieder hinter die Entwicklung vor über 40 Jahren zurückfallen und die Wasserversorgung wieder den Gemeinden überlassen. Wir glauben, dass dieser Plan zum Scheitern verurteilt ist. Denn die lokalen Regierungen haben einfach nicht genügend Geld, um die Wasserleitungsnetze zu unterhalten.

Und dann gibt es noch den Gesetzesvorschlag zu einem Wassergesetz in El Salvador, den die Regierung ins Parlament einbringen will. Er sieht vor, für die großen Wasserleitungsnetze Konzessionen an transnationale Unternehmen zu vergeben, und das bis zu einem Zeitraum von 50 Jahren – während die kleinen Netze, die nicht rentabel sind, in den Händen der Lokalregierungen bleiben. Da ist doch klar, dass die Intention der Regierung

ist, dass die großen Unternehmen aus den großen Netze Gewinn ziehen können, und dass die Bevölkerung die Folgen tragen wird.

Was wird passieren, wenn die Lokalregierungen die Wasserversorgung selbst tragen müssen und damit nicht zurechtkommen?

Wenn sie es nicht schaffen, die Wasserversorgung aufrechtzuerhalten, dann wird die Regierung über ANDA dafür sorgen, dass die Wasserversorgung auf private Investoren übergeht. Sie werden die Privatisierung damit rechtfertigen, dass die lokalen Wassersysteme ineffizient sind.

Du hast gesagt, dass weder die Dezentralisierung noch das Wassergesetz der Bevölkerung zu Gute kommen werden. Wem denn dann? Warum treibt die Regierung dieses Vorhaben voran?

Die Regierung hat ja auch mit der Privatisierung von anderen öffentlichen Dienstleistungen schon "gute Resultate" erzielt, zum Beispiel beim Strom oder bei der Telekommunikation. Jetzt wollen sie es eben auch mit dem Wasser machen. Die Unternehmen werden daraus Gewinn ziehen. Die Bevölkerung ist dagegen, denn sie wird mehr zahlen müssen – für die gleiche Dienstleistung.

Gute Resultate? Für wen?

Als die Stromversorgung noch eine öffentliche Dienstleistung war, haben wir in El Salvador deutlich weniger dafür bezahlt als heute. Das waren 30, oder 35 Colones, das entspricht ungefähr 4 Dollar. Heute zahlen wir im Monat rund 40 Dollar. Und das gleiche gilt für die Telekommunikation. Allein für den Telefonanschluss haben wir früher 25 Colones gezahlt, heute sind es zwölf Dollar, bloß für den Anschluss. Die Nutznießer der Privatisierung sind unserer Meinung nach eindeutig die transnationalen Unternehmen. Wenn es nicht so wäre – welches Interesse hätten sie denn, die öffentlichen Dienstleistungen zu privatisieren? Normalerweise bringen die öffentlichen Dienstleistungen dem Staat Einnahmen, um sie in anderen Bereichen, wo

das Geld fehlt, einzusetzen, zum Beispiel im Gesundheitswesen. Aber weil der Regierung die Bevölkerung egal ist, versuchen sie, auch noch das Wasser zu privatisieren.

Und es stimmt auch nicht, dass die Privatisierung die Qualität der Dienstleistung verbessert. Das hat man bei Privatisierungsprozessen in anderen Ländern gesehen, in Bolivien, Uruguay oder Argentinien zum Beispiel hat es nicht funktioniert. Die transnationalen Unternehmen haben sich aus diesen Ländern zurückgezogen.

Die Regierung interessiert nicht, welche Folgen es für die Bevölkerung hat. Sie interessiert nur, dass die transnationalen Unternehmen kommen und das Kapital erhöhen.

Und was hat die Regierung für eine Strategie, um die Leute von der Privatisierung zu überzeugen?

Sie hat keine Strategie, sie setzt es einfach durch. Außerdem führen sie keine öffentlichen Anhörungen durch. Sie verkaufen die Idee, dass durch die Dezentralisierung auftretende Probleme schneller gelöst werden können usw. Gleichzeitig wollen sie ANDA in den Ruf bringen, ineffizient zu sein, damit die Leute dann sagen: na gut, dann privatisiert halt.

Und wie machen sie ANDA ineffizienter?

Also erstmal ist es so, dass der Haushalt von ANDA seit einigen Jahren schon immer kleiner wird. Jedes Jahr muss der Haushalt durchs Parlament und der Wirtschaftsminister gibt ANDA immer weniger Geld. Es bleibt kein Geld übrig, um in neue Projekte zu investieren, um den Unterhalt des Netzes zu gewährleisten, Ausrüstung zu kaufen etc. Die Arbeiter haben nicht mal ausreichend Werkzeug, Material oder Benzin, um zu arbeiten. Wir glauben, dass die Regierung ANDA gezielt schwächen und ineffizient machen will, um die Privatisierung voranzutreiben.

Viele Leute protestieren, weil sie kein Wasser bekommen. Nicht weil sie keinen Anschluss haben, sondern weil das Wasser abgestellt ist. Das einzige was bei ihnen ankommt, ist



Im Kampf gegen die Wasserprivatisierung – Wilfredo Romero

die Rechnung. Und die Regierung möchte die Auffassung verbreiten, dass nur durch Privatisierung die Wasserversorgung sicher gestellt werden kann.

Was sieht eure Strategie des Widerstands aus?

Wir haben eine Kampagne begonnen, um die Leute zu informieren, in öffentlichen Foren und in den einzelnen Gemeinden, wir haben Demonstrationen organisiert und wir hoffen, dass die Bevölkerung uns im Kampf gegen die Privatisierung unterstützt. Denn nur mit den Leuten können wir die Regierung daran hindern, das Wasser zu privatisieren.

Wir haben immer gesagt, dass die Leute der Regierung zeigen müssen, dass sie nicht bereit sind, mehr Privatisierungen hinzunehmen. Denn öffentliche Dienstleistungen können auch mit hohem Standard funktionieren, das Problem ist, dass in El Salvador eine ganze Reihe von Leuten aus der Regierung die Institutionen nur dafür benützt, sich zu bereichern.

Wir glauben, wenn diese Institutionen richtig geleitet würden, dann

könnten in El Salvador 90 Prozent der Bevölkerung an die Wasserversorgung angeschlossen werden. Aber tatsächlich sind es zur Zeit nur 59 Prozent, die Zugang zu Trinkwasser haben, die anderen holen sich das Wasser aus dem Fluss oder aus eigenen Brunnen.

Wie sieht es denn generell mit der Qualität des Wassers aus?

Das Wasser ist verschmutzt. Denn die Abwässer aus den Städten werden überhaupt nicht aufbereitet, sondern einfach in Flüsse geleitet, dazu kommt noch die Verschmutzung durch Minenabwässer etc. Generell kann man sagen, dass 82 Prozent des Wassers, das an die Bevölkerung geliefert wird, verunreinigt ist, und die Flüsse sind sowieso verschmutzt. Deswegen sterben viele Leute wegen Nierenversagens zum Beispiel. Und im Trinkwasser werden weder die Bakterien abgetötet, noch werden Blei, Aluminium oder andere Stoffe daraus entfernt. Deswegen kämpfen wir nicht nur dafür, dass die Wasserversorgung verbessert wird, sondern auch dafür, dass die Qualität des Wassers steigt.

Ihr habt zusammen mit anderen

Organisationen auch einen Vorschlag zu einem Wassergesetz eingereicht. Was erwartet ihr euch davon?

Dieser Gesetzesvorschlag umfasst sehr vieles, er ist ein generelles Wassergesetz. Zum Beispiel geht es darin um die Erhaltung und den Schutz des Grundwassers und der Wassereinzugsgebiete. Wir fordern darin, dass die Regierung ihre Verantwortung für den Schutz der Umwelt annimmt. Denn ohne eine intakte Natur gibt es nicht ausreichend Wasser. Aber die Regierung lässt stattdessen weiter und weiter Wälder abholzen, um zum Beispiel große Siedlungsprojekte voranzutreiben.

Außerdem wollen wir einen weiteren Gesetzesvorschlag einreichen, der sich mit dem Leitungswasser und seiner Entsorgung beschäftigt. Denn die Leute müssen viel zu viel kontaminiertes Wasser trinken. Und wir hoffen, dass dieser Gesetzesvorschlag im Parlament angemessen diskutiert und beraten werden wird, damit sich die Situation endlich verbessert.

Wer sind eure PartnerInnen bei diesem Gesetzesvorschlag?

CDC (Centro para la Defensa del Consumidor), UNES (Unidad Ecologica Salvadoreña), Caritas, und mehr als 40 andere soziale Organisationen. Wir leisten gemeinsam Widerstand gegen die Privatisierung und fordern, dass der Gesetzesvorschlag umgesetzt wird.

Wie können wir euch in euren Kämpfen unterstützen?

Das kann auf politischem Weg geschehen, zum Beispiel Protestbriefe an die salvadorianische Regierung schicken, an die Botschaft, oder auch an die deutsche Regierung, damit sie Druck auf die salvadorianische Regierung ausübt oder wenigstens offenlegt, wie sie mit dem Geld verfährt, dass sie zum Beispiel als Kredit von der Kreditanstalt für Wiederaufbau bekommen hat.

Und von den Organisationen hoffen wir auch auf Unterstützung, die uns hilft, für Demonstrationen zu mobilisieren – denn es kostet viel Geld, Leute zu transportieren. Wir werden unseren Kampf fortführen und die Leute vor den Ungerechtigkeiten der Regierung verteidigen, koste es was es wolle.

CAFTA-DR: Wirtschaftskrise verschärft sich

In El Salvador ist der Freihandelsvertrag CAFTA-DR (USA-Zentralamerika-Dominikanische Republik) seit dem 1. März 2006 in Kraft und damit über ein halbes Jahr wirksam. Für das salvadorianische Netzwerk Red Sinti Techan, das zu den schärfsten Kritikern des Vertrages gehört, war dies Anlass, in einem Interview mit der Zeitung Diario Co Latino eine erste Bilanz zu ziehen. Wir ergänzen diese Bilanz durch Ausschnitte aus einem Artikel von Raúl Moreno, der in der Zeitschrift Revista Ecotopía erschienen ist. Der Autor beschäftigt sich darin mit der salvadorianischen Landwirtschaft, dem Wirtschaftsbereich, der von den Auswirkungen des Vertrages am stärksten getroffen wird.

Red Sinti Techan:
In El Salvador hat sich die Wirtschaftskrise seit Inkrafttreten von CAFTA-DR vor sechs Monaten verstärkt
(Aus der Zeitung Diario Co Latino, 4.09.2006)

Die Bilanz der ersten sechs Monate nach Einführung des Freihandelsvertrages zwischen Zentralamerika und der Dominikanischen Republik mit den USA (CAFTA-DR) ist nach Ansicht der sozialen Organisationen, die sich in dem Netzwerk Red Ciudadana Frente al Comercio e Inversión Sinti Techan zusammengeschlossen haben, für die salvadorianische Wirtschaft total negativ. Laut ihren Vertretern Ángel Ibarra und Raúl Moreno muss man/frau zu diesem Urteil kommen. Das Zusammenbrechen der nationalen Produktion und das Handelsbilanzdefizit ergeben weitreichende Folgen: Arbeitslosigkeit, Armut und Migration sind während dieser sechs Monate, seit der Vertrag in Kraft ist, drastisch angestiegen.

„Die Ergebnisse zeigen, dass die Vorteile, die die Regierungen Francisco Flores und Antonio Saca verkündet hatten, nur Propaganda waren“, behaupten Ibarra und Moreno. Investitionen seien, statt zu wachsen, geschrumpft, wie es die Schließung verschiedener Textilfabriken in den letz-

ten Wochen zeigt. Die Vertreter der Basisorganisationen erinnern daran, dass eins der Hauptargumente der Befürworter des Freihandelsvertrages war, dass viele ausländische Unternehmen, die daran interessiert wären, in die USA zu exportieren, ins Land strömen würden und damit Tausende von Arbeitsplätzen schaffen würden.

Raúl Moreno verfißt die Meinung, dass Auslandsinvestitionen nicht automatisch durch den Abschluss von Freihandelsverträgen garantiert würden, sondern dadurch, dass ein Klima der Sicherheit geschaffen würde. „Erpressungen und Kriminalität bewirken in El Salvador ein Klima der Unsicherheit, so dass das Land für Investoren nicht interessant ist“, und das betrifft auch die Maquila-Fabriken. Hinzu kam noch die schlechte Nachricht, die die Exekutive und die Rechte im Parlament aussendeten, indem sie sich zuerst weigerten die Konventionen 87 und 98 der Internationalen Ar-

(BCR) das Handelsdefizit mit der Macht im Norden im Juni auf 543 Millionen US-Dollar gestiegen sei, die Exporte hätten gerade einmal 1,028 Milliarden Dollar erreicht, während die Importe 1,571 Milliarden überstiegen.²

Hinsichtlich der Auswirkungen des Handelsabkommens auf die Landwirtschaft weist Moreno darauf hin, dass, seitdem der Vertrag in Kraft ist, schon ungefähr 93.000 Arbeitsplätze verloren gegangen sind. Besonders betrifft das die Produktionsbereiche Reis, Mais und andere Grundnahrungsmittel, da die Produzenten nicht mit den US-Agrarprodukten konkurrieren konnten, weil diese bedeutende staatliche Subventionen erhalten.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat sich geweigert, den zentralamerikanischen Ländern eine spezielle und differenzierte Behandlung zu gewähren, und sie hat mit CAFTA-DR ihre üblichen unlauteren

Handelspraktiken beibehalten, indem sie es abgelehnt hat, ihre Subventionen in der Landwirtschaft und die technischen Handelshemmnisse abzubauen. Dies wirkte sich auch schon im ersten Jahr sehr negativ auf andere landwirtschaftliche Wirt-



Ángel Ibarra und Raúl Moreno vom Red Sinti Techan.
Foto: Álvaro Aguilar

schaftsorganisation (ILO) zu unterzeichnen¹

Nur dadurch, dass die spanische Thunfischfabrik Calvo mit Schließung der Fabrik drohte, wurde die Regierung gezwungen, doch noch zu unterzeichnen. Die Regierung behauptete, dass mit dem Freihandelsvertrag der Zugang zum US-Markt gesichert werden würde. Aber Moreno gibt an, dass nach den Zahlen der Zentralbank

Handelszweige wie Geflügelzucht, Rindfleischproduktion und Schweinezucht aus.

Eine weitere perverse Folge von CAFTA-DR ist die Verfolgung von mehr als 60.000 Familien, die davon leben, DVD's und andere Produkte nicht autorisierter Marken (Piratenartikel) zu verkaufen. Dies ist die Folge der Strafrechtsreform, die verabschiedet wurde, um den vertraglichen

Vereinbarungen über die Geistigen Eigentumsrechte zu genügen. Ibarra und Moreno heben auch die Beeinträchtigungen hervor, die die Geistigen Eigentumsrechte bei der Produktion und bei der Verwendung Generischer Medikamente hervorgerufen haben. „In dem Netz der öffentlichen Krankenhäuser und bei der Sozialversicherung hat der Mangel an Medikamenten zugenommen. Ursache sind Verbote von Medikamenten infolge des Freihandelsvertrages“.

„Sechs Monate nach der Einführung von CAFTA-DR haben wir es mit einer weiteren Verstärkung der ökonomischen Krise zu tun, deren Auswirkungen auf die Bevölkerung immer größer werden. Das zeigt uns, wenn wir das neoliberale Wirtschaftsmodell nicht aufgeben, werden die Lebensbedingungen für die Salvadorianer sich weiter verschlimmern“, folgern Ibarra und Moreno daraus.

CAFTA-DR, Landwirtschaft und Ernährungssouveränität von Raúl Moreno

(Aus *Revista Ecolopía* 169, November 2006)

Die wirtschaftlichen, rechtlichen und institutionellen Reformen, die in El Salvador während des Strukturanpassungsprozesses implementiert wurden, haben folgenschwere Auswirkungen auf die Produktionsstrukturen und die wirtschaftliche Dynamik des Landes gehabt, vor allem in der Landwirtschaft. In weniger als 25 Jahren verlagerte sich die wichtigste salvadorianische Devisenquelle vom Export traditioneller Produkte hin zu den Überweisungen (remesas) der MigrantInnen. Dies war die Folge der beschleunigten Zerstörung der Produktionsstrukturen, verursacht von einer Wirtschaftspolitik, die gegen die traditionelle Landwirtschaft gerichtet war. Sie ließ die nicht-traditionellen Agrarexporte in die Höhe schnellen und bewirkte den Niedergang des Exports von Kaffee, Baumwolle und Zucker.

Die Strukturanpassungsprogramme (SAP) erzwangen ein Bündel von Reformen, die zur Aufhebung der Festpreispolitik bei landwirtschaftlichen Produkten, Reduktion des Kreditvolumens für die Landwirtschaft,

Deregulierung des Marktes, Rückzug des Staates aus der Vermarktung, Privatisierung von Staatsvermögen und – institutionen, Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und zur Liberalisierung des Handels führten.

Einer der nachteiligsten Aspekte für die salvadorianische Landwirtschaft im Rahmen der SAP's war der Zollsenkungsprozess, der eine einseitige Marktöffnung in der ersten Hälfte der 90er Jahre bewirkte. Denn diese Entscheidung führte zu massiven Importen subventionierter Agrarprodukte, was eine wachsende Abhängigkeit bei der Ernährung erzeugte und der Landwirtschaft einen schweren Schlag versetzte, denn mit den niedrigen Importpreisen konnte sie nicht konkurrieren. Das führte zur fortschreitenden Zerstörung von Arbeitsplätzen und hat auf dem Land die Ausgrenzung, Armut und Migration verstärkt.

(...)

Mit der Ratifizierung des CAFTA-DR Vertrages setzte sich ein weiterer Zollsenkungsprozess durch, der die nationale Landwirtschaft, einschließlich der Nahrungsmittelproduktion negativ beeinflusste. Die Regulierung des Marktzuganges enthält keine Mechanismen, die die Asymmetrie zwischen den Vertragspartnern ausgleichen könnte, geschweige denn dass sie die Entwicklung des Landes garantieren könnte.

CAFTA-DR erkennt das Recht der zentralamerikanischen Länder auf eine spezielle und differenzierte Behandlung, die wegen der riesigen Asymmetrie zwischen den Vertragspartnern notwendig wäre, nicht an. Die US-amerikanische Regierung erzwang für ihre Investitionen und Waren eine Nichtdiskriminierung mittels der Regelung nach den Prinzipien der Inländerbehandlung und der Meistbe-



Besonders von CAFTA betroffen: Der Anbau von Grundnahrungsmitteln

Foto: Josef Stieranka / wikimedia.org

günstigung. Auf Grund von Erfahrungen mit Freihandelsverträgen ist erwiesen, dass das, was man beim Marktzugang für Güter gewinnen kann, wieder verloren wird bei legalen oder defakto nichttarifären Handelshemmnissen, wie sie Ursprungsregeln oder gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen darstellen.

(...)

Die Unterstützung, die die US-Regierung der Landwirtschaft gewährt, steht im Gegensatz zu der Situation in Zentralamerika, wo alle internen Hilfen im Rahmen der Strukturanpassungsprozesse abgebaut wurden. Die Einführung einer Wirtschaftspolitik, die gegen die Landwirtschaft gerichtet ist, das Fehlen von Subventionen in der Landwirtschaft und die beschleunigte einseitige Marktöffnung versetzten den Sektor der salvadorianischen Landwirtschaft in einen Zustand der Schutzlosigkeit und Verletzlichkeit. CAFTA-DR droht der „Gnadenschuss“ zu werden.

Die Subventionspolitik der USA begünstigt Farmer und Agroindustrie vor allem beim Weizen, Mais, Soja, Baumwolle, Zucker, bei Milchproduk-

ten, Rind- und Schweinefleisch, Geflügel und Früchten. Die Zahlungen sind so wichtig, dass sie im Falle des Reis bis zu 81 % der Produktionskosten ausmachen, beim Zucker sind es 52 %, bei Milch 48 %, bei Weizen 41 % und bei Rindfleisch 35 %.

Auf der anderen Seite sollte man hoffen, dass mit der Anwendung der vertraglich festgelegten gesundheitspolizeilichen und pflanzenschutzrechtlichen Maßnahmen der Schutz der menschlichen Gesundheit garantiert würde, weil der Import von Nahrungsmitteln reguliert wird, deren Unschädlichkeit nicht erwiesen ist. Zu denken ist dabei an genetisch veränderte Nahrungsmittel, da deren Verzehr bei den VerbraucherInnen zu Schäden führen könnte. Die Wirklichkeit zeigt, dass die Verbreitung genmanipulierte Nahrungsmittel weit davon entfernt ist, verboten zu werden, sondern durch die Förderung der gewinnorientierten Nahrungsindustrie ausgebaut wird.

Die Verdrängung der einheimischen Produktion auf dem Markt der Nahrungsmittel wegen der wachsenden Präsenz von billigsten Importprodukten hat nicht nur wirtschaftliche Auswirkungen auf den Anteil des Landwirtschaftssektors am Bruttoinlandsprodukt (BIP), sondern auch einen sozialen Effekt, der sich in dem

Verlust von Arbeitsplätzen auf dem Land ausdrückt und die Lebensbedingungen der ärmsten Familien weiter verschlechtert. Es ist wichtig darauf hinzuweisen, dass sich aus der Verdrängung der nationalen Nahrungsmittelproduktion der totale oder teilweise Verlust der nationalen Fähigkeit ergibt, die eigene Nahrung zu produzieren. Dieser Umstand tangiert entscheidend die Konkretisierung des Menschenrechts auf Ernährung und hat eine Schlüsselfunktion für die Ernährungssouveränität.

(...)

Nahrungsmittel können nicht als normales Handelsgut angesehen werden, der Zugang zu ihnen ist ein Menschenrecht, die Verpflichtung übernehmen, die Bedingungen zu schaffen, die die Gültigkeit und die Erfüllung des Menschenrechts auf Ernährung und andere wirtschaftliche, kulturelle und soziale Rechte garantieren.

In diesem Sinn erlangt die Politik, die die Kontrolle der Agrar- und Nahrungsmittelmärkte reformiert, entscheidende Bedeutung. Es ist erforderlich, sektorale und makroökonomische Politikansätze zu definieren und zu artikulieren, die auf Schutz, die Stärkung und die Entwicklung des Agrarbereiches zielen. Zu ergänzen sind sie durch Ansätze für Wettbewerb und Investitionen, Ansätze für

Preise und Erträge, progressive und verteilungspolitische Besteuerung, Strukturpolitik und eine Reformpolitik für das Eigentum an Produktionsmitteln, Ansätze für Gehälter und Beschäftigung und eine Politik für Wissenschaft und Technologie.

Für all das ist es notwendig, vorwärts zu kommen bei der Entwicklungsplanung, der Bevölkerung den Zugang zum Grundbesitz zu garantieren, die Entwicklung der kleinen Landwirtschaftsproduktion unter einem Blickwinkel der Nachhaltigkeit mit Priorität zu betreiben, die Gültigkeit der Rechte der arbeitenden Bevölkerung zu fördern, die Wiederaneignung des geistiges Eigentum an Pflanzen, Samen und Mikroorganismen zu betreiben, die kulturellen Praktiken unserer Ahnen zu retten und für die Ausrottung der Armut und der Ausgrenzung der Menschen zu kämpfen.

¹Die Konventionen 87 und 98 garantieren die Gewerkschaftsfreiheit. Sie wurden von der spanischen Firma Calvo erzwungen, weil sie von der EU als Voraussetzung für bestimmte Zollpräferenzen verlangt werden.

²Damit hatte sich das Defizit gegenüber dem Vorjahr von 415,8 um 127,2 Millionen US-Dollar vergrößert. Dieser Trend hält an. Für September 2006 wird ein Defizit von 995,8 gegenüber einem Vorjahreswert von 603 ausgewiesen. Die Defizitzunahme beträgt also 392,8 Millionen US-Dollar.



Baumwollfeld in Usulután Foto: Lawikitejana/wikimedia.org

Sandinist in Pink

Nach 16 Jahren kehrt Daniel Ortega an die Macht zurück.

(ea) Mit beispielloser Hartnäckigkeit ist es Daniel Ortega gelungen, in Nicaragua wieder zum Präsidenten gewählt zu werden. Vieles ließ er dabei auf der Strecke: die revolutionäre Gesinnung, Freunde und seine eigene Glaubwürdigkeit. Damit, dass er endlich wieder die Macht erlangt hat, wird sich für die NicaraguanerInnen nicht viel ändern. Denn ob Ortega den Willen und die politischen Möglichkeiten hat, die Situation der Armen, die ihn in den vergangenen Jahren immer wieder gewählt haben, zu verbessern, ist zweifelhaft.



Veröhnung, Frieden, Fortschritt, Wahlplakat der FSLN in Managua

Foto: Teresa Treiber

Am 5. November haben die NicaraguanerInnen Daniel Ortega, den Generalsekretär der Sandinistischen Befreiungsfront FSLN nach den Wahlen von 1984 zum zweiten Mal zum Präsidenten gewählt. Gleichzeitig wählten sie auch die Abgeordneten der Nationalversammlung und die nicaraguanischen VertreterInnen für das zentralamerikanische Parlament PARLACEN. Nachdem sich der Sieg Ortegas in den letzten Umfragen schon angedeutet hatte, war die Aufmerksamkeit für die Wahl enorm. Neben der Zahl von über 1.000 internationalen und 18.000 nicaraguanischen WahlbeobachterInnen fiel das ungewöhnlich große, weltweite Medieninteresse auf. Der Name Ortega beflügelte die Phantasie und erweckte Befürchtungen. Es roch nach Revolution.

Friedlicher Wahlverlauf

Trotz der polarisierten Stimmung im Land war der Wahltag ausgesprochen friedlich. Bis auf kleine Hindernisse wie Wahllokale, die nicht rechtzeitig geöffnet hatten oder die von den Wahlvorständen eigenmächtig zu früh geschlossen wurden, gab es keinerlei spektakuläre Vorkommnisse. Internationale wie nicaraguanische WahlbeobachterInnen bestätigten den korrekten Ablauf der Wahlen. Nur die USA zogen etwas wolkig „Unparteilichkeit und Transparenz“ der Wahlen in Zweifel. Aber das war zu erwarten gewesen, sie drückten damit ihr Missvergnügen mit dem Ausgang der Wahlen aus.

Das Verhalten der Kontrahenten während des Auszählungsprozesses war sehr diszipliniert. Beispielsweise erkannten alle Mitbewerber den Sieg Daniel Ortegas schon vor Beendigung der Stimmauszählung an. Eduardo Montealegre von der liberalen ALN (Alianza Liberal Nicaragüense), der schärfste Konkurrent Ortegas, sogar als erster.

Stärker trotz Stimmverlusten

Nach dem vorläufigen Endergebnis vom 14. November hat die FSLN nicht gewonnen, weil sie stärker geworden ist. Im Gegenteil, sie hat gegenüber den vergangenen Wahlen sogar Stimmanteile eingebüßt. Bei den Präsidentschaftswahlen der Jahre 1990, 1996 und 2001 hatte Daniel Ortega mit Ergebnissen zwischen 37,8 und 42 Prozent immer ähnlich oder sogar besser abgeschnitten als bei diesen Wahlen, bei denen er 38 Prozent der Stimmen erhalten hat. In der Nationalversammlung wird die FSLN mit weniger Abgeordneten vertreten sein als in der jetzigen Legislaturperiode. Bisher belegte sie dort 39 der 92 Sitze, in Zukunft werden es nur 38 sein. Gewonnen hat sie aufgrund der Zersplitterung des rechten Lagers. Die Liberalen, die sich bei den vergangenen Wahlen immer auf einen gemeinsamen PräsidentschaftskandidatIn einigen konnten, traten diesmal mit zwei Bewerbern an. Außer Eduardo Montealegre, der 28,3 Prozent der Stimmen erreichte, kandidierte noch der ehemalige Vizepräsident José Rizo für die liberale PLC (Partido Liberal Constitucionalista). Er kam auf 27,1 Prozent. In der Summe haben diese beiden Rechten fast den gleichen Stimmenanteil erreicht wie der jetzige Präsident Enrique Bolaños mit 56 Prozent bei den Wahlen im Jahre 2001.

Die größte Überraschung des Wahlausgangs war die unerwartete Schwäche der gemäßigt linken Sandinistischen Erneuerungsbewegung MRS. Sie ist eine Abspaltung der FSLN aus dem Jahre 1995. Für diese Wahlen hatte sie sich um den populären ehemaligen Bürgermeister von Managua, Herty Lewites, der aus der FSLN ausgeschlossen worden war, gruppiert. Nach dessen plötzlichen Tod Anfang Juli diesen Jahres trat sie mit dem relativ unbekanntem Wirtschaftsfachmann Edmundo Jarquín als Präsidentschaftskandidat an (siehe LN 387/88). Die Wahlvorhersagen für ihn lagen zwischen 13 und 16 Prozent, er erreichte aber nur 6,3 Prozent. Ob es daran lag, dass bei den Vorhersagen Edmundo Jarquíns unbestreitbare Popularität bei den städtischen Intellektuellen unsachgemäß auch bei der Ge-



Daniel Ortega bei der Feier des Jahrestages der sandinistischen Revolution am 19. Juni 2006
Foto: La Prensa

samtbevölkerung vermutet wurde, oder ob es die Reaktion auf sein Eintreten für die Beibehaltung der gültigen Abtreibungsregelung war, darüber kann man im Augenblick nur spekulieren.

Sorgfältig vorbereitete Rückkehr

Der Kandidat der FSLN für das Präsidentenamt war bei diesen Wahlen wie seit über 20 Jahren wieder Daniel Ortega. Seine Niederlagen bei den letzten drei Wahlen haben weder ihn noch die FSLN entmutigen können. Mit ungebrochenem Willen zur Macht ließ sich Ortega zum fünften Mal als Kandidat aufstellen. Und die Wiedergewinnung der Macht war wirklich gut vorbereitet. Begonnen hatte Ortega seinen Weg zurück auf den Präsidentenstuhl mit dem Pakt, den er Ende der 90er Jahre mit dem damaligen Präsidenten und Vorsitzenden der liberalen Partei PLC, Arnoldo Alemán, schloss. Damals sicherte sich die FSLN wichtige Machtpositionen im Obersten Gerichtshof und im Wahlrat. Vor allem aber setzte sie eine Wahlrechtsreform durch, die für Ortegas Präsidentschaftsambitionen maßgeschneidert war. Bei den Präsidentschaftswahlen 1990 und 1996 war Daniel Ortega jeweils im

ersten Wahlgang mit 40 bzw. 38 Prozent der Stimmen gescheitert. Beide Male hatte Ortega nur einen ernst zu nehmenden GegnerIn. Danach war klar, dass es für ihn nur einen Weg gab, der ihn zurück in den Präsidentenpalast führen konnte: Die Mehrheit gegen seine Person musste sich auf verschiedene antisandinistische KandidatInnen verteilen und die Hürde von 45 Prozent der Stimmen, um im ersten Wahlgang zu gewinnen, musste gesenkt werden. Nur so hatte Ortega eine Chance, im ersten Wahlgang zu gewinnen, und nicht in einem zweiten Wahlgang antreten zu müssen, in dem er gegen einen rechten KandidatIn sicher verloren hätte. In den Verhandlungen 1999 mit Arnoldo Alemán erreichte die FSLN, dass diese Hürde von 45 auf 40 Prozent herabgesetzt wurde. Zusätzlich wurde ins Gesetz die Möglichkeit eingebaut, dass der oder die KandidatIn mit den meisten Stimmen auch dann im ersten Wahlgang gewinnt, wenn er oder sie zwar nur 35 Prozent der Stimmen dabei aber mehr als fünf Prozent Vorsprung vor dem oder der nächsten KandidatIn hat. Sieben Jahre später kam Ortegas Sieg genau auf Grund dieser Regelung zustande.

Spaltung der Rechten

Eine glückliche Fügung auf dem Weg zu einer erneuten Präsidentschaft kam für Daniel Ortega in der Person von Enrique Bolaños, Präsident ab 2001. Mit seinem Kampf gegen die Korruption seines Vorgängers Arnoldo Alemán spaltete er das liberale, rechte Lager in Alemán-AnhängerInnen und -GegnerInnen. Damit schaffte er die wichtigste Voraussetzung für den Sieg Daniel Ortegas bei den diesjährigen Wahlen.

Denn in diesem Jahr traten erstmals zwei liberale Gruppierungen zu den Wahlen an. José Rizo kandidierte für die PLC als Repräsentant der Gruppe der Rechten, die weiterhin treu zu ihrem Ehrenvorsitzenden Arnoldo Alemán stehen. Sie zeigen sich unbeeindruckt davon, dass er zu 20 Jahren Haft verurteilt wurde, weil während seiner Regierungszeit mehr als 100 Millionen US-Dollar aus der Staatskasse auf die Konten seiner Familie wanderten. Und es berührt sie

auch nicht, dass die NGO Transparency International den Ex-Präsidenten in der Liste der zehn korruptesten Politiker aller Zeiten führt. Sogar die Kehrtwendung der USA, die ihren ehemaligen Verbündeten Alemán fallen ließen und ihn inzwischen auch der Korruption bezichtigen, konnte sie nicht dazu bewegen, sich von ihm trennen.

Die zweite liberale Gruppierung ALN hatte Eduardo Montealegre, den Bankier und ehemaligen Finanzminister, als Präsidentschaftskandidaten aufgestellt. Sie hatte sich wegen Arnoldo Alemán von der PLC abgespalten, wird von den USA unterstützt und steht für die Fortführung der Politik Bolaños'.

Spaltung der Linken

Doch auch die Linke sammelt sich schon längst nicht mehr geschlossen hinter Ortega. Die FSLN ist nämlich nicht mehr das, was sie noch nach dem Sieg der Revolution war. In den letzten 16 Jahren, in denen Ortega konsequent seine Rückkehr an die Macht verfolgte, haben viele die FSLN verlassen. Vor allem Intellektu-



Daniel Ortega bei der Kommunion mit Kardinal Miguel Obando y Bravo
Foto: <http://www.latinamericanstudies.org>

elle, Feministinnen, die TrägerInnen der Aufbruchstimmung der 80er Jahre nach dem Sieg der Revolution sind nicht mehr in der Partei. Viele von ihnen haben versucht, ihre Ideen in die MRS einzubringen und unterstützten in diesem Jahr die Kandidatur von Edmundo Jarquín. Diejenigen, die heute die FSLN bilden, sind treue Gefolgsleute von Daniel Ortega. Innerparteiliche Demokratie gibt es nicht mehr. Es wird nicht mehr diskutiert, sondern Resolutionen der Füh-

rungsgremien werden abgenickt. Symbolfigur für diese Entwicklung ist Lenin Cerna. Der enge Vertraute Daniel Ortega hat in der Zeit des Kampfes gegen Somoza mit ihm eine Gefängniszelle geteilt und ist heute verantwortlich für die Organisation der FSLN. Wenn man sich vor Augen führt, dass er sich anscheinend in den 80er Jahren als Leiter der Staatssicherheit für diese Aufgabe qualifiziert hat, kann man die Menschen gut verstehen, die sich Sorgen um die innere Demokratie der FSLN machen. Auch die Art und Weise, wie Herty Lewites' Streben nach einer Präsidentschaftskandidatur für die FSLN prompt zu seinem Parteiausschluss führte, zeigt, dass in der FSLN heute keine Meinung geduldet wird, die von der Daniel Ortega abweicht. Leute wie der Journalist William Grigsby sprechen daher den Mitgliedern der FSLN das Recht ab, sich SandinistInnen zu nennen und bezeichnen sie nur noch als DanielistInnen.

Wahlkampf in Pink

„Programm der Regierung der Versöhnung und der nationalen Einheit“ – unter diesem Titel veröffentlichte die Frente ihr Wahlprogramm. Die Idee der Versöhnung stand auch angeblich hinter der Nominierung des ehemaligen Contra-Führers Jaime Morales Carazo zum Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten an der Seite von Daniel Ortega. Von Versöhnung und nationaler Einheit sprach Ortega immer wieder auf seinen unzähligen Wahlveranstaltungen, dazu noch von Nächstenliebe und Glaube. Da war es dann fast einleuchtend, dass seine Ehefrau und Leiterin des Wahlkampfes der FSLN, Rosario Murillo, die Wahlkampfreise ihres Gatten als „Pilgerfahrt“ bezeichnete.

Überhaupt machte die Frente einen ganz anderen Wahlkampf als in vergangenen Jahren – nahe an der Seite der (katholischen) Kirche. Alle Erinnerungen an die revolutionäre Vergangenheit wurden konsequent vermieden. Die traditionellen Farben Rot und Schwarz wurden ersetzt durch ein grelles Pink, die Hymne der FSLN wurde ersetzt durch das Lied von John Lennon „Give Peace a Chance“. Diese milden Töne richteten sich vor allem

an die katholische Kirche und die ihr folgende christlich geprägte Mehrheit der NicaraguanerInnen.

Besonders bemüht hatte sich Daniel Ortega um die Gunst des obersten Repräsentanten der katholischen Kirche in Nicaragua, Kardinal Miguel Obando y Bravo. Mit beachtlichem Erfolg: Der einstige Erzfeind Ortega, der in vergangenen Wahlkämpfen stets gegen die FSLN gewettert hatte, hat bereits seit ein paar Jahren die Feiern zum Jahrestag der sandinistischen Revolution am 17. Juni um eine Messe in der Kathedrale von Managua erweitert und das Paar Daniel Ortega und Rosario Murillo vor kurzem sogar kirchlich getraut.

Abtreibungsverbot für Wählerstimmen

Bei seinem Bestreben, neue Wähler im christlichen Spektrum zu gewinnen, schreckte Ortega vor nichts zurück. Edmundo Jarquín hatte in einem Interview erklärt, dass er für die Beibehaltung der Straffreiheit bei einem Schwangerschaftsabbruch aus medizinischen Gründen (therapeutische Abtreibung) sei und sich damit wütende Kritik der katholischen Kirche zugezogen. Daraufhin nutzte Ortega ein Treffen mit führenden Persönlichkeiten evangelischer Kirchen um seine Ablehnung zu verkünden. Dabei ging er sogar so weit eine Stellungnahme zu unterschreiben, die die therapeutische Abtreibung als Vorwand zur Abtreibungslegalisierung bezeichnete. Und die Kirche erkannte die Gunst der Stunde: Anfang Oktober rief sie ihre AnhängerInnen zu einer Massendemonstration für die Verschärfung des Strafgesetzes gegen die Abtreibung auf. Sie forderte ein Verbot des Schwangerschaftsabbruchs aus medizinischen Indikation. Die DemonstrantInnen zogen zur Nationalversammlung, gaben ihre Petition beim Parlamentsvorsitzenden ab und im Eilverfahren wurde das seit über 100 Jahren gültige Gesetz wunschgemäß noch vor dem Wahltag abgeändert. Alle anwesenden Abgeordneten der FSLN stimmte dafür.

Bis dahin hatte Nicaragua zu den 98 Prozent der UNO-Mitgliedstaaten gehört, die therapeutische Abtreibung nicht unter Strafe stellen. Jetzt wird

sie als gewöhnliche Abtreibung angesehen und mit Haftstrafen bis zu acht Jahren für Mutter und ärztliches Personal geahndet. Proteste von (internationalen (Frauen)Organisationen und Ärzteverbänden beeindruckten die Abgeordneten nicht. Noch vor dem Inkrafttreten des Gesetzes und kurz vor dem Wahltag war das erste Todesopfer zu beklagen. Eine 18-Jährige starb, weil ihr in einem Krankenhaus die medizinisch dringend erforderliche Schwangerschaftsunterbrechung verweigert wurde.

Während die Abtreibungsfrage zu einem der Hauptthemen des Wahlkampfes wurde, war sonst der Wahlkampf von Ortega Mitbewerbern um das Präsidentenamt nicht besonders aufregend. Alle warnten vor den Gefahren, die die Rückkehr des Sandinismus bedeuten würde, und die beiden liberalen Parteien warfen sich gegenseitig Korruption vor – letzteres sicherlich zu Recht.

Stark engagierte sich hingegen die USA im Wahlkampf, speziell in Person ihres Botschafters in Managua, Paul Trivelli. Mit allen Mitteln versuchte er einen Sieg Ortega zu verhindern. Anfänglich bemühte er sich um die Vereinigung der Liberalen, das heißt, er bedrängte die PLC, Eduardo Montealegre als Präsidentschaftskandidaten zu unterstützen. Als ihm dies nicht gelang, versuchte er die WählerInnen mit Angstkampagnen auf den „rechten Weg“ zu bringen. Eine sandinistische Regierung würde die USA zu einer gründlichen Überprüfung ihrer Politik gegenüber Nicaragua zwingen. Dabei wurden Konsequenzen bei Hilfsprogrammen und in den wirtschaftlichen Beziehungen angedeutet. Außerdem kamen von verschiedenen Seiten Andeutungen, dass man nach einem Sieg der FSLN die Geldüberweisungen der MigrantInnen in den USA blockieren würde. Die Einlassungen waren so dreist, dass sogar die OAS (Organisation Amerikanischer Staaten) im Rahmen ihrer Wahlbeobachtungsfunktion „Einmischung von außen in den Wahlprozess“ beklagte.

Angesichts all dessen, kann man sich fragen, warum dennoch so viele Menschen die FSLN gewählt haben. Unter den 80 Prozent Armen der Bevölkerung, die in Nicaragua unter der



Sandino lebt? Oder was ... Foto: Pia Eberhardt

Armutsgrenze leben, hat die FSLN ein stabiles StammwählerInnenpotential. Da gibt es diejenigen, die die Errungenschaften der Revolution in den 80er Jahren, wie Landvergabe während der Agrarreform, Alphabetisierung oder kostenlose Gesundheitsbetreuung, selbst erlebt haben. Viele der JungwählerInnen, die keine Erinnerung mehr an die Zeit der sandinistischen Regierung haben, stimmten aber auch für die Frente. Grund dafür: die letzten 16 Jahre neoliberaler Politik haben ihnen keinerlei Chancen gegeben. Daniel Ortega war und ist Hoffnungsträger vieler Armen für höhere Chancen auf eine geregelte Arbeit und eine bessere Grundversorgung. Damit hat er zumindest für sich geworben.

Wenig Spielraum für linke Politik

Was ist nun von dem Präsidenten Daniel Ortega zu erwarten? Im Wahlprogramm der FSLN findet man ne-

ben viel schwülstiger Poesie über Liebe, Glaube und Versöhnung auch gute Ideen wie die Schaffung einer Bank speziell zur Förderung der ländlichen Entwicklung und das Versprechen von Investitionen im Energiebereich. Letzteres ist bitter notwendig, um die Menschen von den Stromsperrungen zu befreien, unter denen sie jetzt schon ein Jahr lang leiden.

Da aber die FSLN keine Mehrheit in der Nationalversammlung hat und auch ein Zusammenge-

hen mit der MRS (die fünf Sitze erreicht hat) auch keine Mehrheit bringen würde, bleiben ihr nur Verhandlungen mit der PLC oder der ALN. Dies lässt in beiden Fällen nicht viel Spielraum für eine linke Politik. Mit der ALN Montealegres ist nur eine rein neoliberale Politik zu machen. Wie die FSLN es schaffen will, mit diesem Partner die Lage der armen Bevölkerungsmehrheit zu verbessern, ist kaum vorstellbar. Wirkliche Armutsbekämpfung, Förderung der Kleinbauern und -bäuerinnen und der kleinen Unternehmen ist mit der ALN nicht zu machen. Mit der PLC hingegen ist wahrscheinlich wesentlich mehr zu erreichen, da diese Partei praktisch nur ein politisches Ziel hat: die Rehabilitierung Arnaldo Alemáns. Und es gibt eine ganze Menge Menschen in Nicaragua, die Daniel Ortega die Skrupellosigkeit zutrauen, den Einfluss der FSLN im Justizsektor zu nutzen und Alemáns als Hausarrest zu verbüßende Haftstrafe ganz aufzuheben.

Erste Äußerungen Ortegas machen klar, dass es keine neue Weichenstellung in der Wirtschaftspolitik geben wird. Wie unter den rechten Regierungen wird es Übereinkommen mit dem IWF geben, das Freihandelsabkommen CAFTA mit den USA bleibt unverändert und die Auslandsinvestition, die vorwiegend in die Billiglohnindustrie der Freien Produktionszonen (Maquiladoras) geht, wird weiter gefördert. Es gibt auch neue Töne wie die Ankündigung zum IWF - „wir werden verhandeln und nicht gehorchen“ - und zum Außenhandel man suche zwar die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den USA im Rahmen von CAFTA, zusätzlich solle der Handel mit Venezuela, Bolivien und Kuba ausgebaut werden, aber auch mit Europa und China. Ob diese Aussagen eine neue Politik ankündigen, ist im Augenblick noch nicht zu entscheiden. Auf frühere Aussagen, dass es nach dem Sieg der FSLN einen großzügigen Schuldenerlass für KleinbäuerInnen geben werde und dass der Staat dafür sorgen werde, dass die Überweisungen der AuslandsnicaraguanerInnen (remesas familiares) zum Nulltarif bei den Familienangehörigen ankommen würden, ist Daniel Ortega nach seinem Wahlsieg bisher nicht wieder zurück gekommen. Das war wohl nur populistische Wahlpropaganda. Alles in Allem sind die bisher bekannt gewordenen Absichten einer FSLN geführten Regierung nicht sehr revolutionär. Entsprechend sind die Reaktionen der USA und der Europäischen Union inzwischen eher versöhnlich. So zeigt sich die EU davon überzeugt, „dass die neue Regierung die makroökonomische Stabilität weiter verfolgen werde“.

Der Wahlsieg der Frente in ihrer derzeitigen Verfassung liefert somit kaum einen Grund, die Zukunft Nicaraguas optimistisch zu sehen. Eduardo Montealegre wäre berechenbarer gewesen – besser aber ganz sicher auch nicht. Da bleibt nur, die Meinung vieler NicaraguanerInnen – darunter auch einige, die Ortega nicht gewählt haben – zu respektieren: „Jetzt hat er die Chance, die er gewollt hat, jetzt lassen wir ihn erst einmal zeigen, was er daraus machen wollte.“

PRIANs doppelter Handel

Der Konflikt in Oaxaca vor dem Hintergrund des mexikanischen Wahlausgangs (Richard Runge)

Im mexikanischen Bundesstaat Oaxaca rebelliert die Bevölkerung seit Mai gemeinsam mit der LehrerInnen-gewerkschaft gegen die Regierung. Zentrale Forderung ist die Absetzung des korrupten und repressiven Gouverneurs Ulises Ruiz. Nach über vier Monaten basisdemokratischer Organisation, Massendemonstrationen, Barrikadenkämpfen und zähen Verhandlungen mit der Zentralregierung fand Ende Oktober eine gewaltsame Intervention von Bundespolizei und Militär

von ihr eine ehrliche Parteinarbeitung für die aufständische Bevölkerung von Oaxaca nicht zu erwarten.

Seit Inkrafttreten der NAFTA-Freihandelsverträge im Januar 1994 hat sich die soziale Schere in México dramatisch geöffnet. Zu den eindeutigen VerliererInnen dieser Entwicklung gehört die überwiegende Mehrzahl der etwa 3,7 Millionen EinwohnerInnen des südlichen Bundesstaates Oaxaca. Die Region gehört neben Chiapas zu einer der ärmsten Méxicos (1). Die Wirtschaft Oaxacas steht auf zwei wackligen Beinen: Nachdem die meisten landwirtschaftlichen Produkte der lokalen ProduzentInnen nicht mehr mit US-Importen konkurrieren können bleibt eigentlich nur noch die krisenanfällige Tourismus-Industrie. Doch was hilft es der Mehrheit der Bevölkerung, dass die schicke Altstadt der gleichnamigen Hauptstadt Oaxaca seit 1987 zum Welt-

der zur offiziellen Gewerkschaft dissidenten Strömung (2) waren dabei allerdings nur teilweise tariflicher Natur: Die Einführung eines staatlichen Schulfrühstücks sollte der schlechten körperlichen Verfassung vieler SchülerInnen entgegen wirken. Auch die Lehrmaterialien sollten vom Staat gestellt werden, um Kinder aus armen Familien etwas weniger zu benachteiligen. Die im Gegensatz zu vergangenen Arbeitskämpfen neue und mit Abstand wichtigste politische Forderung der LehrerInnen war jedoch der sofortige Abtritt des oaxakenischen Gouverneurs Ulises Ruiz Ortiz von der Partido Revolucionario Institucional (PRI, Partei der Institutionellen Revolution). Die Vorwürfe gegen ihn sind mannigfaltig: Betrug bei seiner Wahl, Misswirtschaft bei öffentlichen Bauvorhaben (von denen gesagt wird, dass sie zudem das kulturelle Erbe der historischen Innenstadt von Oaxaca zerstören), Korruption sowie geistige Urhebererschaft für mehrere politische Morde seit seinem Amtsantritt im Dezember 2004. Viele indigene Gemeinden hat Ulises Ruiz zudem gegen sich aufgebracht, indem er ihre nach traditionellen Sitten und Gebräuchen („usos y costumbres“) gewählten Vertretungen kurzerhand ab- und durch PRI-Funktionäre ersetzte. Kurz: Bei Ulises Ruiz handelt es sich um einen PRI-Gouverneur klassischen Stils.

Der Konflikt entwickelt sich

Um ihre Forderungen durchzusetzen, traten die LehrerInnen am 22. Mai 2006 in einen unbefristeten Streik und errichteten auf dem zentralen Platz (Zócalo) von Oaxaca-Stadt ein Protestcamp, welches die Regierung Ruiz am 14. Juni räumen ließ (siehe Kasten). Das brutale Vorgehen der eingesetzten Polizeieinheiten und die Tatsache, dass weite Teile der Bevölkerung von Oaxaca die Forderung nach dem Rücktritt von Ulises Ruiz unterstützten, riefen jedoch eine breite Solidarisierung der Bevölkerung hervor, so dass am Folgetag eine Wiederbesetzung des historischen Zen-



Protestcamp auf dem Zocalo, Mexico D. F.

statt. Hintergrund dieser Entwicklung dürfte ein doppelter politischer Handel der (rechten) politischen Parteien gewesen sein: Zum einen ist offensichtlich, dass der in einer vor Unregelmäßigkeiten strotzenden Wahl im Juli neu „gewählte Präsident“ Felipe Calderón dringend auf die Partei von Ulises Ruiz angewiesen sein wird. Ein Bauernopfer konnte sich daher die neue/alte Regierung schlicht nicht leisten. Hinzu kommt, dass sie es offensichtlich vorzog, den amtierenden Präsidenten Vicente Fox mit blutigen Händen aus dem Amt scheiden zu lassen, anstatt mit der Niederschlagung des Armutsaufstandes von Oaxaca die Felipe Calderóns Präsidentschaft abzuwarten, dem ohnehin der Makel des vermuteten Wahlbetrugs anhaften wird. Währenddessen entlarvt sich die parteipolitisch organisierte „Linke“ als Farce: Sehr mit der Unterstützung des angeblich unterlegenen, jedoch „legitimen Präsidenten“ Andrés Manuel López Obrador beschäftigt, ist

kulturerbe der UNESCO zählt? Auf dem Land gibt es über 650 ungelöste Landkonflikte. Etwa 80 Prozent der Landkreise und Gemeinden müssen ohne Trink- und Abwasserversorgung, öffentliche Beleuchtung oder geteerte Straßen auskommen. 73% der Bevölkerung müssen in extremer Armut leben. Ihr Einkommen reicht nicht zum Kauf des Grundwarenkorb aus. Die Lebenserwartung liegt Jahre unter dem mexikanischen Durchschnitt. Ähnlich wie in Chiapas kann in Oaxaca mehr als ein Drittel der indigenen Bevölkerung weder lesen noch schreiben. Zwischen 200.000 und 250.000 EinwohnerInnen verlassen aus derartigen Gründen jährlich die Region und hoffen auf ein besseres Leben in den nördlichen Bundesstaaten oder den USA.

Vor diesem sozialen Hintergrund ging die Sektion 22 der LehrerInnen-gewerkschaft „Sindicato Nacional de Trabajadores de la Educación“ (SNTE, etwa „Nationale Gewerkschaft der ArbeiterInnen im Erziehungswesen“) in den Tarifkonflikt. Die Forderungen

trums der Stadt gelang. Kurz darauf wurde die „Asamblea Popular de los Pueblos de Oaxaca“ (APPO, etwa „Volksversammlung von Oaxaca“) gegründet, der mittlerweile über 350 soziale und politische Organisationen angehören. LehrerInnen und APPO mobilisierten zu mehreren Massende-



APPO Asamblea Popular de los Pueblos de Oaxaca (Volksversammlung von Oaxaca)

monstrationen („mega marchas“) in Oaxaca, an deren größter schätzungsweise eine halbe Million Menschen teilnahm (3). Ende September begaben sich mehrere Hundert VertreterInnen der Widerstandsbewegung auf einen dreiwöchigen Fußmarsch in das 500 Kilometer entfernte México-Stadt, um ihre Forderungen auch in der Bundeshauptstadt unmittelbar publik zu machen und die verzerrte Darstellung durch die meisten kommerziellen Medien zu unterlaufen.

Zum besseren Schutz der Streikenden vor der Ulises Ruiz unterstehenden Polizei und vor mit ihm bzw. der PRI sympathisierenden Paramilitärs verbarrikadierte die APPO im Verlauf des Konflikts die Innenstadt Oaxacas. Regierungsgebäude konnten besetzt werden und dienten der Bewegung als Infrastruktur. Nach dem Abtritt des verhassten Gouverneurs sollte die Stadt an die Behörden zurückgegeben werden. Einstweilen wurden Sicherheitsaufgaben innerhalb der Barrikaden durch die APPO selbst übernommen. Bezeichnenderweise kam es erst nach der Räumung der besetzten Stadt durch die Bundespolizei Policía Federal Preventiva (PFP) am 29. Oktober erstmals zu Plünderun-

gen von Geschäften im Zentrum von Oaxaca durch Polizisten (4).

Während der Zeit des Aufstands organisierte die APPO ihre zahlreichen SympathisantInnen auf täglich abgehaltenen basisdemokratischen Plena. Über die Radiosender der Bewegung, „Radio Plantón“ und „Radio Universidad“, wurde nahezu rund um die Uhr über inhaltliche Fragen sowie diesbezüglich vertretene (kontroverse) Positionen berichtet. Schnell entwickelte sich die Diskussion weit über die ursprünglichen Forderungen der LehrerInnen hinaus: Es wurde begonnen, eine neue Verfassung für den Bundesstaat Oaxaca zu entwerfen. Ganz ähnlich der zapatistischen Idee des „gobemnar obedeciendo“ („gehorchend regieren“) ist dabei die Grundidee, dass die Regierung und ihre Organe der Bevölkerung unterstehen sollen und nicht

mehr andersherum. Über die inhaltliche Informationsaufgabe hinaus übernahmen die Radiosender aber vor allem eine wichtige Rolle bei der Koordination der Verteidigung der Barrikaden gegen die zunehmenden Angriffe von außen. Trotz ihrer höchst unterschiedlichen Zusammensetzung (LehrerInnen, Indígena-Organisationen, StudentInnen, ArbeiterInnen, an-

archistische und kommunistische Gruppen, kirchliche Basisgemeinden, städtische und ländliche Gruppen ...) lie? sich die Bewegung dabei nicht spalten und blieb bei ihrem defensiven, nahezu pazifistischen Charakter.

Auf Bundesebene verheizt

Parallel zur beginnenden Diskussion über eine neue Verfassung fanden Verhandlungen zur Beendigung des Konfliktes statt, zunächst mit der Regierung von Ulises Ruiz selbst und, nachdem diese endgültig gescheitert waren, mit dem Bundesinnenminister, Carlos María Abascal Carranza. Die mexikanische Verfassung sieht die Möglichkeit vor, dass die Zentralregierung Gouverneure absetzen kann, wenn die sogenannte „öffentliche Ordnung“ nicht mehr gewährleistet ist. Obwohl die organisierte Bevölkerung von Oaxaca zum Erreichen ihrer Hauptforderung sowie zu ihrem Schutz vor den Paramilitärs mehrmals ausdrücklich darum bat, weigerte sich der zuständige Senat, dieses „Verschwinden der Macht“ („desapareación de poderes“) formell festzustellen und damit die Bundesregierung zu entsprechendem Handeln zu ermächtigen. Der von den rechten Parteien Partido de Acción Nacional (PAN, Partei der Nationalen Aktion) und PRI dominierte Senat konnte sich nicht zu einer Absetzung des PRI-Mannes Ulises Ruiz durchringen. Lediglich



Protestmarsch der PRD in Mexico D. F.

die SenatorInnen der gemäßigt linken Partido de la Revolución Democrática (PRD, Partei der Demokratischen Revolution) wollten Ende Oktober die Existenz eines offensichtlichen „Machtvakuum“ nicht mehr ignorieren. Eine öffentliche Mobilisierung der PRD folgte daraus jedoch noch lange nicht.

Hintergrund der Mehrheitsentscheidung des Senats ist ein zutiefst bundespolitischer: Die Präsidentschaftswahlen im Juli hatte der PAN-Kandidat Felipe de Jesús Calderón Hinojosa nicht eindeutig für sich entscheiden können und es hatte zahlreiche Hinweise auf Wahlbetrug gegeben (siehe Kasten). Im Parlament ist die PRD mittlerweile die zweitstärkste Kraft und der neue Präsident wird auf keine eigene Mehrheit bauen können. Um unter diesen Verhältnissen und angesichts der von Seiten der PRD infolge des vermuteten Wahlbetrugs angedrohten Blockadepolitik überhaupt regieren zu können, ist Felipe Calderón auf die Stimmen, der auf der Ebene einiger Bundesstaaten und im Parlament durchaus noch mächtigen PRI, angewiesen. Diese kann den Gouverneur von Oaxaca unter keinen Umständen fallen lassen, selbst wenn Teilen der Partei die Eskapaden von Ulises Ruiz doch noch zu bunt werden sollten. Das mexikanische Wahlrecht schreibt nämlich Neuwahlen vor, wenn ein Gouverneur nach weniger als drei Jahren im Amt abtritt. Angesichts des dramatischen Wahlverlustes der PRI in Oaxaca bei den Wahlen vom 2. Juni ist die Tatsache, dass Ulises Ruiz erst knappe zwei Jahre regiert, ein ernsthaftes



Schwere Angriffe der Bundespolizei auf Demonstranten am 25. November 2006 in Oaxaca.
Foto: La Jornada

Problem für die Partei.

Ein erstes Beispiel für die Höhe des Preises des Paktes zwischen PRI und PAN ist die Entscheidung des Senats, den PRI-Gouverneur nicht fallen zu lassen. Die de-facto-Koalition „PRIAN“ verheizt stattdessen lieber aus Parteiräson die aufständische Bevölkerung von Oaxaca. Von vielen BeobachterInnen wurde zudem schon früh befürchtet, dass der amtierende Präsident Vicente Fox Quesada noch vor der Amtsübergabe am 1. Dezember gewaltsam gegen die aufständische Bevölkerung von Oaxaca vorgehen würde. Zwar hatte der „gewählte Präsident“ Felipe Calderón in Interviews stets klar gemacht, dass er selbst den Konflikt mit Hilfe der für ihre Brutalität gefürchteten Bundespolizei PFP lösen würde. Schon in seiner Wahlkampagne hatte er keinerlei Zweifel an seiner ultrarechten

Herkunft gelassen, wie seine Äußerungen zur „erfolgreichen Polizeiaktion“ in San Salvador Atenco im Mai dieses Jahres und seine Beleidigung der dortigen Vergewaltigungsoffer beweisen (5). Allerdings wird Calderón die Präsidentschaft ohnehin mit dem Makel des vermuteten Wahlbetrugs antreten müssen. Weite Teile der Bevölkerung versagen ihm ernsthaft die Anerkennung. Ange-

sichts dieser Situation zog es die PAN vor, den Konflikt in Oaxaca noch von Vicente Fox „bereinigen“ zu lassen.

Der Vorwand dafür bot sich in Folge einer Mehrheitsentscheidung der LehrerInnen, am 30. Oktober den Unterricht nach über vier Monaten Streik wieder aufzunehmen, ohne allerdings von der Forderung nach dem Rücktritt von Ulises Ruiz Abstand zu nehmen. Die über Monate hinweg nicht bezahlten Gehälter und der Druck der zunehmend um die Bildung ihrer Kinder besorgten Eltern hatten ihre Wirkung gezeigt. Gleichzeitig mit der unter den LehrerInnen äußerst umstrittenen Entscheidung spitzten sich die paramilitärischen Angriffe auf die Barrikaden zu. Alleine am 27. Oktober wurden drei Menschen durch diesen „weißen Terror“ getötet. Es wird vermutet, dass sich die Bundesregierung am Folgetag auch deshalb zum Eingreifen entschloss, weil unter den drei Toten des Vortags mit einem Indymedia-Journalisten aus den USA auch das erste ausländische Todesopfer zu beklagen war. Die mindestens neun Toten, die die ständigen Angriffe der Paramilitärs bereits in den zurückliegenden Streikmonaten unter LehrerInnen und APPO-AktivistInnen gefordert hatten, wogen für den Präsidenten, der den Konflikt bis dahin stets als innere Angelegenheit des Bundesstaates Oaxaca betrachtet hatte, offensichtlich weniger. Nachdem am 28. Oktober PFP-Einheiten nach Oaxaca verlegt worden waren, wurde die Innenstadt am 29. Oktober von der



Wahlplakat in Mexiko

Bundespolizei mit Luftunterstützung des Militärs geräumt. Auch hierbei sollen entgegen der Angaben des Innenministers drei Menschen getötet worden sein (6).

Offizielle Begründung der Regierung, die bis dahin in Oaxaca kein Verschwinden der Ordnung sehen wollte und nie vom paramilitärischen Terror, sondern immer nur von der Verletzung diverser Gesetze durch LehrerInnen und APPO gesprochen hatte, war, dass die Sicherheit der LehrerInnen und SchülerInnen vor der Wiederaufnahme des Unterrichts wieder hergestellt werden müsse. Tatsächlich spricht Vicente Fox seither in völligem Wi-

derspruch zur Fruchtlosigkeit des Dialogs mit der Regierung, zur brutalen Räumung der Barrikaden und den Angriffen auf die Universität durch die Bundespolizei sowie zur realen Situation in der Stadt davon, dass in Oaxaca „der demokratische Dialog, die Suche nach Übereinkünften mit der Einsetzung der Ordnung und des Respekts vor dem Gesetz“ zusammenkamen. „Der Wert des Dialogs und die Übereinkunft waren fundamental dafür, dass wir bereits heute die Rückkehr des Friedens und der Ruhe an diesen Ort haben.“ (7) Der Zynismus des parteipolitischen Handels von PRI und PAN wird nur noch dadurch ge-

steigert, dass seit November sehr wohl auch VertreterInnen der PAN den Rücktritt von Ulises Ruiz fordern.

Scheinheilige „Linke“

Nachdem die blutige „Lösung“ des Konfliktes in Oaxaca der PRIAN-Koalition anzulasten ist, stellt sich die Frage, wie sich die parteipolitisch in Form der PRD organisierte mexikanische „Linke“ verhält. Tatsächlich regt sich auch hier seit der Räumung von Oaxaca Stadt Betriebsamkeit. Der beim unklaren Wahlausgang nur äußerst knapp gescheiterte Präsidentschaftskandidat Andrés Manuel López

Untergeschobene Waffen, Paramilitärs und Desinformation, Repression in Oaxaca

Die massive staatliche Repression gegen die streikenden LehrerInnen in Oaxaca wurde zum ersten Mal mit der brutalen Räumung des Zócalo am 14. Juni 2006 deutlich. Mehrere Tausend uniformierte Polizisten des Bundesstaates wurden eingesetzt, um die Innenstadt freizuräumen, unterstützt von Hubschraubern, die Tränengaskartouchen auf die campierenden LehrerInnen und ihre Familien abfeuerten. Die Zentrale der Sektion 22 der LehrerInnengewerkschaft SNTE wurde gestürmt. Als mediale Rechtfertigung für die Polizeiaktion mussten Funde von einigen Handgranaten und Schnellfeuergewehren herhalten. Der in den folgenden Monaten selbst angesichts der massiven Provokationen von Seiten der Polizei sowie von paramilitärischen Gruppen weitestgehend friedliche Verlauf des Konfliktes lässt jedoch die Aussage der LehrerInnen plausibel erscheinen, die Waffen seien ihnen untergeschoben worden.

Die Infrastruktur von „Radio Plantón“, dem Sender der Streikenden, wurde von der Polizei während der Räumung vollständig zerstört. Auch nachdem im Juli ein regionaler Fernsehsender aus einer Frauen-Demonstration heraus hatte besetzt werden können, kam es zu Angriffen gegen den Sender, diesmal zerstörten schwer bewaffnete Paramilitärs die Anlagen.

Im Laufe des Konfliktes kam es immer wieder zu Angriffen Bewaffneter auf die zum Schutz der besetzten Innenstadt errichteten Barrikaden. In manchen Fällen konnten die Angreifer als Polizeiangehörige oder Mitglieder der PRI identifiziert werden und benutzte Autos als Fahrzeuge von Regierungsstellen des Bundesstaates. Während des Konfliktes gab es mindestens 15 Tote.

Ende September begann die Armee mit der Verlegung schwerer Einheiten nach Oaxaca. Flugzeuge der Marine flogen über der Innenstadt von Oaxaca „Routineflüge“, während Vicente Fox beteuerte, dass die Armee selbstverständlich nicht in verfassungswidriger Weise „gegen die Zivilbevölkerung“ eingesetzt werde. Gleichzeitig gab es mehrere kleine Bomben- und Brandanschläge auf Bankfilialen, von denen sich die APPO umgehend distanzierte. Möglicherweise arbeiteten hier Regierung oder Paramilitärs an einer Rechtfertigung für einen Einsatz des Militärs gegen die angebliche „Stadt-Guerrilla“.

Seit dem 27. Oktober spitzte sich die Situation in Oaxaca dramatisch zu. An diesem Tag wurden mehrere Barrikaden von Bewaffneten angegriffen und JournalistInnen mehrerer Zeitungen beschossen. Dabei starben mindestens drei Menschen, darunter ein US-amerikanischer Journalist. Teile der kommerziellen Medien „informierten“, die APPO würde die Bevölkerung bitten, keinen Widerstand mehr zu leisten. Die Bundesregierung verlegte am Folgetag Einheiten der Bundespolizei PFP in einer Stärke von mindestens 3.500 Mann nach Oaxaca. Am Vormittag des 29. Oktober begann dieses Aufgebot schließlich mit der Räumung der Innenstadt. Begleitet wurde dies erneut von einem Sperrfeuer der Medien: Im Fernsehkanal Informativo Cuarenta berichtete beispielsweise ein „embedded Journalist“ (1), der angeblich mit einer PFP-Einheit unterwegs war, telefonisch, dass die Bevölkerung den Polizeieinheiten wie Befreiern zujuble (2). Die Berichte der moderat linken Tageszeitung La Jornada aus den Folgetagen sprechen hier eine andere Sprache.

(1) Als „embedded Journalists“ („eingebettete Journalisten“) werden spätestens seit dem völkerrechtswidrigen Angriff der von den USA angeführten „Koalition der Willigen“ auf den Irak im März 2003 KriegsberichterstatterInnen genannt, die sich gemeinsam mit kämpfenden Truppen direkt in kriegerische Auseinandersetzungen hineinbegeben und teilweise live „berichten“. Diese Art von „Journalismus“ erfüllt eine doppelte Rolle: Zum einen wird die Gier der Medien nach blutigem, vorgeblich authentischem Material gestillt. Zum anderen wird durch die Aufbereitung des Krieges als Medienspektakel sicher gestellt, dass kritische Fragen nach Hintergründen nicht gestellt und so die Heimatfront befriedet wird.

(2) Tatsächlich gab es in Oaxaca nach der Räumung durch die PFP mehrere Demonstrationen von ein bis zwei Tausend PRI-AnhängerInnen unter dem absurden Motto „Gracias PFP“. Vor dem Hintergrund der realen Zahlenverhältnisse können derartige Veranstaltungen jedoch getrost vernachlässigt werden.

Klappe und Schluss — Präsidentschaftswahlen und Wahlbetrug in México

Bereits im Vorfeld der Wahlen vom 2. Juli 2006 kam es zu zahlreichen Unregelmäßigkeiten. Eine von einflussreichen Geschäftsleuten widerrechtlich finanzierte Hasskampagne gegen Andrés Manuel López Obrador, die halluzinierte "Gefahr für México", wurde von den Massenmedien nahezu unhinterfragt übernommen. Darüber hinaus mischte sich der amtierende Präsident Vicente Fox (PAN) in verfassungswidriger Weise wiederholt zugunsten seines Parteifreundes Felipe Calderón in die Debatte ein.

Am Wahlabend selbst warteten die MexikanerInnen vergebens auf ein Ergebnis. Spät nachts gab die Wahlbehörde Instituto Federal Electoral (IFE) bekannt, dass auch nach Auszählung eines hohen Prozentsatzes der Stimmen noch immer kein eindeutiger Sieger auszumachen sei, Felipe Calderón allerdings vorne läge. Die Tatsache, dass sich dessen äußerst knapper Vorsprung von unter einem Prozent in den folgenden Tagen mit jeder gerichtlich erzwungenen teilweisen Nachzählung mehr verringerte, focht die zuständigen Behörden nicht an: Die von der Koalition "Por el Bien de Todos" geforderte vollständige Neuauszählung "Stimme für Stimme, Wahllokal für Wahllokal" wurde verweigert.

Dabei gab es mehr als genug Gründe, die für eine komplette Neuauszählung sprachen. Zahlreiche Berichte über "Klassiker" des mexikanischen Wahlbetrugs wurden publik: In manchen Gemeinden hatten mehr als 100 Prozent der Wahlberechtigten "abgestimmt". Von allen drei großen Parteien (PRI, PAN, PRD) war in ihren jeweiligen Hochburgen Stimmenkauf betrieben worden. Armee- und Polizeiangehörige waren benutzt worden, um die Schlangen vor manchen Wahllokalen künstlich zu verlängern. WählerInnen waren eingeschüchtert und teilweise wegen mangelnder Stimmzettel unrichtiger Dinge wieder nach Hause geschickt worden. Gefüllte Urnen waren bereits vor dem 2. Juli aufgefunden worden bzw. nach dem Wahlgang auf der Müllhalde ...

Statt die Hunderte von Einwänden gegen den Wahlgang ernst zu nehmen, gab das Oberste Wahlgericht Tribunal Electoral del Poder Judicial de la Federación (TEPJF) schließlich das amtliche Endergebnis bekannt: Felipe Calderón habe mit 244.000 Stimmen bzw. 0,58 % Vorsprung die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Folglich wurde er unwiderruflich zum "gewählten Präsidenten" erklärt. Irrelevant für die Entscheidung des TEPJF war die schlichte Tatsache, dass aufgrund der zahllosen Unregelmäßigkeiten vor, während und nach den Wahlen, jeder mit gutem Gewissen abzuschätzende Fehler um ein vielfaches größer ist als das halbe Prozent Wählerstimmen, das die beiden Kandidaten trennen soll (1). Es bleibt der Eindruck, dass um jeden Preis ein genehmer Präsident gekürt werden sollte.

(1) Eine sorgfältige Zusammenstellung von allerlei statistischen Ungereimtheiten der Wahlergebnisse findet sich unter <http://em.fis.unam.mx/~mochan/elecciones>

Obrador polterte medienwirksam, „wir können nicht die Arme verschränken, während andere Mexikaner unterdrückt werden, die friedlich für Demokratie und Gerechtigkeit kämpfen“ (8), und rief persönlich für den 31. Oktober zu einer Demonstration in México-Stadt auf. Am 29. Oktober (dem Tag der Räumung) hatte die PRD-nahe Convención Nacional Democrática bereits eine Demonstration mit mehreren Tausend TeilnehmerInnen durchgeführt. Diese Aufgegriffenheit kontrastiert deutlich das Ver-

halten der PRD vor der von allen inwie ausländischen BeobachterInnen schon wochenlang befürchteten Räumung. In dieser Zeit hüllten sich PRD und López Obrador (wie bereits im Mai zu Atenco) in öffentliches Schweigen. Chefsache waren zu diesem Zeitpunkt die Wahlen in Tabasco, dem Heimatstaat von López Obrador.

War die PRD zu keiner weitergehenden Solidarisierung mit einer sozialen Bewegung in der Lage? Hat sie einfach keine mobilisierbare Basis, die auf Demonstrationen im ganzen

Land ein Ende der Aggression gegen die soziale Bewegung in Oaxaca hätte einfordern können? Ist die PRD nach der verlorenen Präsidentschaftswahl vom 2. Juli so geschwächt, dass sie keinerlei Druck mehr auf Bundes- oder Länderregierungen ausüben kann? Weit gefehlt! Die PRD und ihre SympathisantInnen sind fähig zu konzentrierter Aktion und nicht nur in der Lage, an der politischen Debatte in México teilzunehmen, sondern sie sogar zu bestimmen. Genau dies hat die Koalition „Por el Bien de Todos“ („Zum Wohle aller“) aus PRD, Partido del Trabajo (Arbeitspartei, PT) und Convergencia Nacional (Nationale Konvergenz) in dem Vierteljahr seit dem vermuteten Wahlbetrug erfolgreich bewiesen.

Als sich nämlich die Indizien für massive Unregelmäßigkeiten zugunsten des PAN-Kandidaten Felipe Calderón verdichteten, hatte sich eine breite Bewegung zur Unterstützung von López Obrador zu formieren begonnen. Neben unzähligen Kundgebungen und Demonstrationen im ganzen Land, fanden in México-Stadt in kurzer Folge drei „mega marchas“ statt, die größte Demonstration mit schätzungsweise bis zu 2,5 Millionen TeilnehmerInnen. Auf der letzten dieser Großdemonstrationen rief López Obrador seine AnhängerInnen Ende Juli zur Bildung von Protestcamps („plantones“) im historischen Zentrum von México-Stadt auf, die die 32 Bundesstaaten und die 15 Regierungsbezirke von México-Stadt symbolisieren sollten. Noch in der gleichen Nacht wurden die ersten Zelte aufgeschlagen und die zentrale Verkehrsader Paseo de la Reforma besetzt. Aus dem gesamten Land brachen in den folgenden Tagen UnterstützerInnen von López Obrador auf und schlossen sich den bis zuletzt absolut friedlichen Protesten an. Die Parlamentsfraktion der PRD agierte geschlossen als parlamentarischer Arm der Protestbewegung. Beispielsweise verhinderte sie erfolgreich die Verlesung des sechsten und letzten jährlichen Rechenschaftsberichts durch den scheidenden Präsidenten Vicente Fox im Parlament: Über 100 Abgeordnete hatten kurzerhand das Podium besetzt, um gegen die polizeistaatliche Abriegelung des Gebäudes gegenüber

DemonstrantInnen zu protestieren. Ähnliches wird für den Tag der Amtseinführung von Felipe Calderón erwartet.

Am 16. September dem Unabhängigkeitstag führten die UnterstützerInnen von López Obrador auf dem Zócalo von México-Stadt unter Beteiligung von mindestens 750000 Delegierten aus allen Bundesstaaten die „Convención Nacional Democrática“ (etwa „Demokratische Nationalversammlung“, CND) durch. Neben der Verabschiedung eines politischen Programms wurde darüber abgestimmt, ob Andrés Manuel López Obrador zukünftig „legitimer Präsident“ oder „Anführer des Widerstandes gegen den Wahlbetrug“ sein sollte. Nach sehr eindeutigem Votum wird López Obrador nun während einer Zeremonie am 20. November (Jahrestag der Revolution) als „legitimer Präsident“ „vereidigt“ werden, knapp zwei Wochen vor dem „gewählten Präsidenten“ Felipe Calderón.

Das langfristige Ziel der CND besteht in nichts Geringerem als einer „Neugründung der Republik“ unter Berücksichtigung der Interessen „derer von unten“. Allerdings stellt sich die Frage nach der Glaubwürdigkeit dieses Unterfangens, wenn, wie in Oaxaca, keinerlei rechtzeitige und glaubwürdige Solidarität mit konkreten sozialen Kämpfen geübt wird. Alle Indizien deuten darauf hin, dass es der PRD und den ihr nahestehenden (oder untergeordneten) Massenorganisationen schlicht am Willen fehlte, rechtzeitig in Oaxaca zu intervenieren. Dass die PRD nun nach der blutigen Räumung von Oaxaca anfängt zu „protestieren“, ist ein sehr verlogenes Schielen auf die Sympathie der sozialen Bewegungen und der eigenen Basis. Der „legitime Präsident“ Andrés Manuel López Obrador hat sich als unumschränkte Führungspersönlichkeit seit dem 2. Juni stets als Volkstribun der Armen darzustellen versucht. Angesichts des offensichtlichen Missverhältnisses zwischen seinen kategorischen Sprüchen und den tatsächlichen Taten seiner Partei kann er jedoch nur noch als zynischer Polit-Clown bezeichnet werden, dem sein messianischer Geist zu Kopfe gestiegen ist.



Aufruf zur Demonstration am 25. November 2006 in Oaxaca

(1) Die meisten Angaben zur sozialen Situation in Oaxaca sind folgendem Bericht entnommen: Mision Civil de Observación: Informe Preliminar: „Violaciones a derechos humanos en Oaxaca. Del paro magisterial a la movilización popular“, Sept. 2006, http://www.centroprodh.org.mx/Publicaciones/Informes/info_pdf/2006/

(2) Die Mehrheitsströmung der LehrerInnenengewerkschaft SNTE gehört zu den korruptesten Erscheinungen, die die mexikanische Gewerkschaftslandschaft zu bieten hat: Die Gewerkschaftsführung ist größtenteils noch immer aufs Engste mit der ehemaligen Staatspartei PRI verflochten, die Vorsitzende Elba Ester Gordillo Morales pflegt einen diktatorischen Führungsstil und mit Festanstellungen für LehrerInnen wird regelrecht gehandelt. Gegen derartige Auswüchse gründete sich schon 1979 die Strömung „Coordinadora Nacional de Trabajadores de la Educación“ (CNTE, etwa „Nationale Koordination der ArbeiterInnen im Erziehungswesen“), die mittlerweile vor allem die Sektion 22 der SNTE (Oaxaca) dominiert.

(3) In der Stadt Oaxaca selbst leben nur etwa 500.000 Menschen.

(4) „Policías Federales saquean y defecan en comercios del zócalo oaxaqueño“, La Jornada vom 31.10.06

(5) Am frühen Morgen des 4. Mai hatten über 3.000 Polizisten die Kleinstadt im Bundesstaat México überfallen, um einige Kollegen zu befreien, die am Vortag von DemonstrantInnen gefangen genommen worden waren. Im Verlauf der völlig überzogenen Polizeiaktion waren wahllos Häuser gestürmt, BewohnerInnen verprügelt und Einrichtungen zerstört worden. 30 von 47 festgenommenen Frauen waren in Polizeihaft sexuell gefoltert und vergewaltigt worden. Eine juristische Aufarbeitung der Vergewaltigungsvorfälle fand „mangels Beweisen“ bisher nicht statt.

(6) „Violenta toma de Oaxaca; tres muertos“, La Jornada vom 30.10.06

(7) „Según Fox, Oaxaca ya recuperó la paz social, gracias al diálogo y el acuerdo“, La Jornada vom 31.10.06

(8) „La toma de Oaxaca profundiza la crisis y la ingobernabilidad: AMLO“, La Jornada vom 31.10.06, <http://www.jornada.unam.mx/2006/10/31/023n1pol.php>

Mit dem Flugdienst des Ökumenischen Büros rund um die Welt

Flüge innerhalb Europas, nach Asien,
Afrika und natürlich nach Zentral-
und Südamerika

Sonder- und STA-StudentInnenenttarife,
Jugendtarife europaweit und natürlich weltweit.

Tickethinterlegungen, Pauschal- und

Last Minute Reisen mit oder ohne Hotel,
Reiseversicherungen
und
Mietwagen ...
Flugdienst im Internet

www.oeku-buero.de/flug

Onlinebuchung für
Flug, Pauschal- und Last Minute-Reisen,

(auch die jeweils aktuellen

Internetsondertarife von Lufthansa und
anderen Airlines sind hier buchbar) Versicherungen und
Mietwagen, Visa- und Gesundheitsinformationen
und, und, und...

Einfach mal reinschauen,
anrufen, anfragen
oder mailen.

Telefon: 089 - 89 22 49 61 Fax: 089 - 89 22 49 62

Email: flug@oeku-buero.de

Felipe Sanchez, Mitbegründer des Mexiko-Komitees, in Oaxaca verhaftet!



Felipe wurde am Samstag, den 25. November 2006 zusammen mit weiteren 140 Personen am Rande einer Demonstration der APPO (Volksversammlung Oaxaca) grundlos verhaftet (zu den politischen Hintergründen des

Konflikts bitte die Artikel im Mexiko-Teil dieses Heftes lesen). Zunächst galt er tagelang als „verschwunden“ bis am Dienstag Listen der Verhafteten in der Presse veröffentlicht wurden. Kurz darauf wurde bekannt, dass sämtliche 141 Personen auf dieser Liste erscheinenden Personen als „hoch gefährlich“ eingestuft und in das Gefängnis CEFERESO Nr. 4, Noroeste de Tepic im 1200 km entfernten Bundesstaat Nayarit verschleppt wurden.

Bis dato haben weder Familienangehörige noch AnwältInnen mit Felipe Kontakt aufnehmen können. Nach wie vor wissen wir noch immer nicht, in welchem gesundheitlichen Zustand er ist.

Die Familie von Felipe berichtet, er sei ins Zentrum gefahren, um Geld von der Bank zu holen und anschließend zurückzukehren, als die Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Polizei ihn überraschten.

Wir kennen Felipe als einen Menschen von großer moralischer Integrität, mit hohen Wertvorstellungen, der Gewalt in jeglicher Situation ausschließt. Felipe Sanchez arbeitet in dem Projekt „Zukunftswerkstatt Oaxaca/Calpulli“. Das Projekt, das im Jahre 1993 von Swantje Burmester de Sanchez und Felipe Sanchez gegründet wurde, hat es sich zur Aufga-

be gemacht, Kinder in dem Elendsviertel Calpulli zu fördern. Dieses Projekt wird von vielen MexikanerInnen und Deutschen aus Bayern unterstützt. Auch von MitarbeiterInnen des Ökumenischen Büros für Frieden und Gerechtigkeit e. V., mit dem Felipe seit Anfang der 1990er Jahre immer eng zusammengearbeitet hat. Er gehört zu den GründerInnen des Mexiko-Komitees im Ökumenischen Büro.

Wie es scheint, werden die Gefangenen als Druckmittel eingesetzt, um die APPO zu Verhandlungen mit der Provinzregierung des wegen seiner repressiven Amtsführung berüchtigten Gouverneurs, Ulises Ruiz zu zwingen. Es gilt daher umgekehrt, Druck auf die Regierung auszuüben, die Gefangenen umgehend freizulassen. Dies versuchen bereits verschiedene nationale und internationale Menschenrechtsorganisationen, mit denen wir eng zusammenarbeiten. Daneben erscheint es jedoch wichtig, wo nur irgend möglich auch auf persönlicher Ebene zu agieren. Wir haben daher eine, in der Vertretung politischer Häftlinge erfahrene Anwältin eingeschaltet, die Felipe exemplarisch vertritt, gleichzeitig aber auch für die Interessen aller Gefangenen sprechen wird.

Wir bitten um Spenden zur Finanzierung einer Solidaritätskampagne sowie einer erfahrenen Rechtsanwältin. Es werden 10 000 EURO benötigt. Bitte spendet! Jeder solidarische Beitrag hilft!

Steuerlich absetzbare **Spenden** auf das Konto: Ökumenisches Büro e.V. Konto 561 76 258 BLZ 701 500 00 Stadtparkasse München Stichwort: Felipe Sanchez

Solidaritätsbrigade nach El Salvador

Ende Juli bis Anfang September 2007

- praktische Solidarität (aus)üben
- andere Lebenssituationen kennenlernen
- Austausch politischer Erfahrungen



Infos über: Ökumenisches Büro e. V.
Pariser Str. 13 • 81667 München
Tel: 089 / 448 59 45
Fax: 089 / 48 76 73
elsal@oeku-buero.de
www.oeku-buero.de



G8 XTRA

Infos rund um und gegen das G8-Treffen in Heiligendamm 2007

www.g8-2007.de

